

# Die Sowjetische Militäradministration und die Eingliederung der Vertriebenen in Sachsen von 1945 bis 1952

von  
STEFAN DONTH

## *I. Einleitung*

Zwischen 1945 und 1952 nahm Sachsen etwa eine Million Flüchtlinge und Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten auf, deren Anteil damit etwa 20 Prozent der Gesamtbevölkerung betrug. Dadurch wurden zwar die kriegsbedingten Bevölkerungsverluste in Sachsen ausgeglichen, gleichzeitig aber die ökonomischen und sozialen Probleme des Landes am Ende des Zweiten Weltkrieges verschärft.

Die Eingliederung der Vertriebenen zählte zu den größten Aufgaben der deutschen Nachkriegsgeschichte. Für Sachsen wurde dieser Aspekt im Vergleich zu den anderen Territorien der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) durch ein vom Sächsischen Staatsministerium des Innern gefördertes Forschungsprojekt am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Leipzig bei Prof. Dr. Ulrich von Hehl am systematischsten untersucht. Neben der Vertriebenenpolitik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) und der SED wurden auch die administrative Durchführung in den sächsischen Landkreisen, die Politik der LDP sowie das Selbstbild der Vertriebenen behandelt.<sup>1</sup> Die

---

<sup>1</sup> IRINA SCHWAB, *Flüchtlinge und Vertriebene in Sachsen 1945–1952. Die Rolle der Kreis- und Stadtverwaltungen bei Aufnahme und Integration*, Frankfurt a. M. 2001. CHRISTIAN KURZWEG, *Die Vertriebenenpolitik der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands. Das Beispiel Sachsen 1945–1950* (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 41), Hamburg 2004. NOTKER SCHRAMMEK, *Alltag und Selbstbild von Flüchtlingen und Vertriebenen in Sachsen 1945–1952*, Frankfurt a. M. 2004. ANDREAS THÜSING/WOLFGANG TISCHNER, „Umsiedler“ in Sachsen. *Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen 1945–1952. Eine Quellensammlung*, Leipzig/Berlin 2005. ULRIKE WINTERSTEIN, *Vertriebener Klerus in Sachsen 1945–1955* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 118), Paderborn/München/Wien/Zürich 2010. STEFAN DONTH, *Vertriebene und Flüchtlinge in Sachsen 1945–1952. Die Politik der Sowjetischen Militäradministration und der SED* (Geschichte und Politik in Sachsen, Bd. 15), Köln/Weimar/Wien 2000, auf das sich die folgenden Ausführungen zum großen Teil stützen.

Wahl der Länderperspektive knüpft dabei an Forschungsansätze und -ergebnisse zur Funktionsweise des Dritten Reiches an.<sup>2</sup>

Seit 1989/90 sind bei der Erforschung der Vertriebenenengliederung durch die Arbeiten von z. B. Manfred Wille und Manfred Jahn deutliche Fortschritte zu verzeichnen.<sup>3</sup> Dabei konnte für Sachsen auch auf Vorarbeiten aus der DDR-Zeit zurückgegriffen werden, die allerdings aufgrund des restriktiven Quellenzugangs und der Tabuisierung der Thematik nicht alle Aspekte beleuchten.<sup>4</sup> Michael Schwartz legte eine erste Gesamtdarstellung dieses Prozesses für die SBZ/DDR vor, die jedoch den Anteil der SMAD an der Eingliederung der Vertriebenen unterschätzt.<sup>5</sup>

Dieser Artikel untersucht die Grundsatzentscheidungen der sowjetischen Besatzungsmacht als wichtigstem Entscheidungsträger in der SBZ/DDR, ohne deren Berücksichtigung die Geschichte der Vertriebenenpolitik nur unzureichend darzustellen ist. Ziel ist es deshalb, anhand sowjetischer und deutscher Archivalien den spezifischen Anteil von SMAD und der Sowjetischen Militäradministration in Sachsen (SMAS) an der Eingliederung der Vertriebenen in Sachsen herauszuarbeiten. Im Mittelpunkt stehen dabei die politischen und administrativen Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht. Dabei ist zu klären, welche Ziele verfolgt

<sup>2</sup> ULRICH VON HEHL, Nationalsozialismus und Region. Bedeutung und Probleme einer regionalen und lokalen Erforschung des Dritten Reiches, in: *Zeitschrift für bayrische Landesgeschichte* 56 (1993), S. 111-129.

<sup>3</sup> MANFRED WILLE (Hg.), *Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente*, Bd. 1: *Ankunft und Aufnahme 1945* (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, Bd. 19,1), Wiesbaden 1996. DERS. (Hg.), *Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente*, Bd. 2: *Massentransfer, Wohnen, Arbeit 1946–1949* (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, Bd. 19,2), Wiesbaden 1999. DERS. (Hg.), *Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente*, Bd. 3: *Parteien, Organisationen, Institutionen und die „Umsiedler“ 1945–1953* (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, Bd. 19,3), Wiesbaden 2003. MANFRED JAHN, *Auffang- und Quarantänelager 1945/46 in Sachsen – Zeitweilige Stationen vertriebener Sudetendeutscher nach ihrer Ankunft in der Sowjetischen Besatzungszone*, in: *Sächsische Heimatblätter* 39 (1993), S. 248-253. DERS., *Veränderungen wirtschaftlicher und sozialer Strukturen in Sachsen 1945 bis 1947 durch die Ansiedlung Vertriebener*, in: Werner Bramke/Ulrich Heß (Hg.), *Sachsen und Mitteldeutschland. Politische, wirtschaftliche und soziale Wandlungen im 20. Jahrhundert*, Weimar 1995, S. 303-318. PHILIPP THER, *Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und Polen 1945–1956* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 127), Göttingen 1998. ANDREAS KOSSERT, *Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945*, Bonn 2008.

<sup>4</sup> REGINE JUST, *Die Integration der Umsiedler im Land Sachsen*, in: *Sächsische Heimatblätter* 35 (1989), S. 145-174. DIES., *Die Lösung der Umsiedlerfrage auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, dargestellt am Beispiel des Landes Sachsen (1945–1952)*, Diss. masch., Magdeburg 1985. DIES., *Zur Lösung des Umsiedlerproblems auf dem Gebiet der DDR 1945 bis Anfang der fünfziger Jahre*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 35 (1987), S. 971-984.

<sup>5</sup> MICHAEL SCHWARTZ, *Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961* (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 61), München 2004.

und wie diese durchgesetzt wurden. Der erste Teil befasst sich mit den ersten politischen und administrativen Weichenstellungen der Besatzungsmacht 1945/46. Vor diesem Hintergrund geht die Untersuchung im zweiten Teil auf die Politik der SMAD während der Wahlen 1946 ein. Danach verlagert sich der Schwerpunkt auf die Vertriebenenpolitik der SMAD im administrativen Bereich ab 1947. Mit der Einflussnahme der SMAD auf die Parteien – insbesondere zur Unterdrückung jeglicher Kritik an der Oder-Neiße-Grenze als zentralem Element der sowjetischen Eingliederungsstrategie – beschäftigt sich der vierte Teil.

## *II. Erste politische und administrative Weichenstellungen der SMAD 1945/46*

Zu einem der wichtigsten Kriegsziele Stalins gehörte die Westverschiebung Polens und der damit verbundene neue deutsch-polnische Grenzverlauf an Oder und Neiße. Das grundsätzliche Einverständnis der westlichen Alliierten zur Vertreibung der dort ansässigen Deutschen als Folge des vom Dritten Reich entfesselten Zweiten Weltkrieges wurde im Potsdamer Abkommen festgeschrieben.<sup>6</sup> Dennoch traf die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten die sowjetische Besatzungsmacht in Deutschland unvorbereitet, die in den ersten Monaten nach Kriegsende keineswegs einheitlich agierte und zunächst versuchte, den Zustrom der Vertriebenen zu stoppen.<sup>7</sup>

---

<sup>6</sup> JOCHEN LAUFER, *Pax Sovietica. Stalin, die Westmächte und die deutsche Frage* (Zeithistorische Studien, Bd. 46), Köln/Weimar/Wien 2009. THEODOR SCHIEDER (Bearb.), *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa*, 5 Bde., Nachdruck 1984.

<sup>7</sup> JAHN, *Veränderungen* (wie Anm. 3), S. 309. MANFRED WILLE, *Die Zentralverwaltung für Deutsche Umsiedler – Möglichkeiten und Grenzen ihres Wirkens (1945–1948)*, in: Ders./Johannes Hoffmann/Wolfgang Meinicke (Hg.), *Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands* (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, Bd. 13), Wiesbaden 1993, S. 27–54. Schreiben Serovs an Berija vom 16. Juni 1945, das dieser an Stalin, Molotov und Malenkov weiterleitete; Gosudarstvennyi Archiv Rossijskoj Federacii [Staatsarchiv der Russischen Föderation] (GARF); fond (f.) 9401, opis (op.) 2, delo (d.) 96, Bl. 331. Schreiben Burzevs an Dimitroff vom 20. August 1945 und 12. September 1945 sowie Saposchnikovs an Dimitroff vom 12. November 1945; Rossijskoi centr chranenija i izucenija dokumentov novejsiej istorii [Russländisches Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte] (RCChIDNI), f. 17, op. 128, d. 39, Bl. 70 f., 75–77 und 130–132. SCHWAB, *Flüchtlinge* (wie Anm. 1), S. 29–80. THÜSING/TISCHNER, „Umsiedler“ (wie Anm. 1), S. 89–136. BERND BONWETSCH/GENNADIJ BORDJUGOV/NORMAN M. NAIMARK (Hg.), *Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjulpanov* (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 20), Bonn 1998, S. XXXI. STEFAN CREUZBERGER, *Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 3), Weimar/Köln/Wien 1996, S. 38. Übersicht der SMAD-Finanzabteilung vom 9. August 1946; GARF, f. 7317, op. 8, d. 36a, Bl. 444–446.

Die am 6. Juni 1945 gegründete SMAD fungierte als zentrale Vertreterin sowjetischer Interessen in Deutschland und verfügte über eine große Machtfülle zur Steuerung und Kontrolle des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in der SBZ. Neben der Dienststelle des Politischen Beraters, der das sowjetische Außenministerium in der SMAD vertrat, entwickelte sich die SMAD-Propagandaverwaltung (seit 1947 Informationsverwaltung) unter Leitung von Oberst Sergej Tjulpanov zu einem der wichtigsten Instrumente zur Überwachung und Lenkung der Parteien in der SBZ.<sup>8</sup> Deren Mitarbeiter nahmen an allen wichtigen Zusammenkünften der Parteien teil, unterzogen alle Reden und Verlautbarungen der Zensur, trafen personalpolitische Entscheidungen und bestimmten mit Befehlen, Anweisungen, Anordnungen, „Hinweisen“ und „Ratschlägen“ in hohem Maße das politische Leben der SBZ.<sup>9</sup> In Sachsen entstand Anfang Juli 1945 die „Sowjetische Militärverwaltung des föderalen Landes Sachsen“ (SMAS).<sup>10</sup>

Erste Pläne Walter Ulbrichts vom 17. Juli 1945 sowie der Befehl des Obersten Befehlshabers der SMAD, Marschall Georgi K. Shukov, „Zur zweckmäßigen Verteilung der Bevölkerung der Sowjetischen Besatzungszone“ vom 19. Juli 1945 sahen Sachsen nicht als Aufnahmegebiet vor. Dies erwies sich jedoch angesichts der hohen Anzahl von Vertriebenen als nicht durchsetzbar.<sup>11</sup>

---

<sup>8</sup> Anordnung für die Sowjetische Militäradministration über die Verwaltung der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland vom 6. Juni 1945. Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945–1949, Berlin (Ost) 1968, S. 51–53. JAN FOITZIK, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 44), Berlin 1999, S. 99–140. HORST MÖLLER/ALEXANDR O. TSCHUBARJAN (Hg.), SMAD-Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945–1949, München 2009, S. 243–271 und 470–477. BONWETSCH, Sowjetische Politik (wie Anm. 7), S. XXIX.

<sup>9</sup> „Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948)“; GARF, f. 7317, op. 19, d. 1. MÖLLER/TSCHUBARJAN, SMAD-Handbuch (wie Anm. 8), S. 547–557.

<sup>10</sup> SMAD-Befehl Nr. 5 vom 9. Juli 1945. Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Aus dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Sammelheft 1945, Berlin 1946, S. 13 f. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Teil 2; GARF, f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 6. Anlage zur Anweisung der SMAD Nr. 015 vom 20. März 1946; GARF, f. 7317, op. 8, d. 36a, Bl. 93–106. ALEXANDR HARITONOW, Sowjetische Hochschulpolitik in Sachsen 1945–1949 (Dresdner Historische Studien, Bd. 2), Weimar/Köln/Wien 1995, S. 50–54.

<sup>11</sup> Schreiben Ulbrichts vom 17. Juli 1945 an die SMAD. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BA, ZPA), NY 4182/1160, Bl. 4–6. WILLE, Ankunft und Aufnahme 1945 (wie Anm. 3), S. 37. Befehl des Obersten Chefs der SMAD „Zur zweckmäßigen Verteilung der Bevölkerung der russischen Besatzungszone“ vom 19. Juli 1945. WILLE, Ankunft und Aufnahme 1945 (wie Anm. 3), S. 55. JAHN, Veränderungen (wie Anm. 3), S. 309. JUST, Lösung der Umsiedlerfrage (wie Anm. 4), S. 42. Befehl des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung und Oberbefehlshabers der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland Nr. 15 vom 27. Juli 1945, in: Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Aus dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Sammelheft 1945, Berlin 1946, S. 16.

Im Sommer 1945 konkurrierten innerhalb des Apparats der SMAD die Stellvertreter des Obersten Befehlshabers der SMAD für Fragen der Zivilverwaltung, die Generaloberst Ivan A. Serov zugeordnete Verwaltung für Kommandantendienst und die durch Oberst Remizov geleitete Abteilung für Arbeitskräfte um die alleinige administrative Zuständigkeit.<sup>12</sup> Im Transport- und Gesundheitswesen begann die SMAD, die Aufnahme Vertriebener in der SBZ stärker zu kontrollieren. Serov, der mit seinen weitgehenden Befugnissen für die sowjetischen Geheimdienste die innere Sicherheit im Besatzungsgebiet der Roten Armee gewährleisten sollte, griff schließlich auf das Kommandantursystem der SMAD zu und konzentrierte dadurch die Zuständigkeit für Aufnahme und erste Unterbringung der Vertriebenen in seiner Hand. Dabei band er auch ihm nicht direkt zugeordnete SMAD-Abteilungen wie die für Arbeitskräfte ein.<sup>13</sup>

Bereits im Mai 1945 befanden sich mehrere hunderttausend Flüchtlinge sowie zahlreiche Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und „Bombenkriegsevakuierete“ in Sachsen. Erste Hilfsmaßnahmen beschränkten sich vielfach auf die Bereitstellung von Übernachtungsmöglichkeiten, die Versorgung mit Lebensmitteln und die medizinische Betreuung. Die meisten Kommunalverwaltungen versuchten, die Flüchtlinge möglichst rasch in andere Gebiete weiterzuleiten. Diesen gelang zu diesem Zeitpunkt oft noch einmal eine Rückkehr in ihre Heimat, bevor sie dann endgültig vertrieben wurden.<sup>14</sup>

---

<sup>12</sup> Schreiben des Chefs der Abteilung für Arbeitskräfte Remizov an den Stabschef der SMAD vom 4. August 1945 und die beigelegten Thesen für die Besprechung des Stellvertretenden Chefs der SMAD mit den Chefs der Verwaltungen für Kommandantendienst der Länder und Provinzen sowie der Kommandanten der größeren Orte; GARF, f. 7317, op. 51, d. 20, Bl. 88-96. Niederschrift über eine Beratung der Provinzialverwaltung Sachsen mit Generalmajor Kotikov über aktuelle Aufgaben und Probleme vom 18. August 1945; vgl. Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945/46. Quellenedition (Publikationen der Staatlichen Archivverwaltung der DDR), Berlin (Ost) 1989, S. 83. MÖLLER/TSCHUBARJAN, SMAD-Handbuch (wie Anm. 8), S. 66-73, 278-283, 413-417, 427-436 und 564-594.

<sup>13</sup> Geschichte der SMAD-Transportverwaltung aus dem Jahre 1948; GARF, f. 7317, op. 38, d. 1, Bl. 22, 71 und 74. Schreiben der Reichsbahndirektion Dresden an die LVS vom 23. August 1945; HStA Dresden, LRS, MdI, 2191. Geschichte der Abteilung Gesundheitsschutz (Juli 1945–Juni 1948); GARF, f. 7317, op. 56, d. 1, Bl. 82. NIKITA PETROV, Die sowjetischen Geheimdienstmitarbeiter in Deutschland. Der leitende Personalbestand der Staatssicherheitsorgane der UdSSR in der SBZ und der DDR von 1945–1954, Berlin 2010.

<sup>14</sup> JUST, Lösung der Umsiedlerfrage (wie Anm. 4), S. 31-33. DIES., Integration (wie Anm. 4), S. 145 f. DIES., Lösung des Umsiedlerproblems (wie Anm. 4), S. 975 f. JAHN, Auf- und Quarantänelager 1945/46 (wie Anm. 3). WILLE, Ankunft und Aufnahme 1945 (wie Anm. 3), S. 7-43. NORMAN N. NAIMARK, The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation 1945–1949, Cambridge/Mass./London 1995, S. 144. HEINZ GÜNTHER STEINBERG, Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland im Zweiten Weltkrieg mit einem Überblick über die Entwicklung von 1945 bis 1990, Bonn 1991, S. 257. MATEJ SPURNÝ, Flucht und Vertreibung. Das Ende des Zweiten Weltkrieges in Niederschlesien, Sachsen und Nordböhmen, Dresden 2008, S. 54-75 und 99-133. MICHAEL SCHWARTZ, „Umsiedler“ in der Zusammenbruchsgesellschaft. Soziale und politische Dimensionen des Vertriebenenproblems in der frühen SBZ, in: Hartmut Mehringer/Michael Schwartz/

Anstöße für eine zentrale Regelung des Vertriebenenproblems auf Zonenebene unterbreiteten von deutscher Seite die katholische Kirche sowie der Leiter der Abteilung für Sozialwesen des Berliner Magistrats, Ottomar Geschke (KPD).<sup>15</sup> Weitere Versuche sind mit der Gründung der Landesverwaltung Sachsen (LVS) durch die sowjetische Besatzungsmacht am 4. Juli 1945 verbunden. Zuständig für „Umsiedlerfragen“ war das von Kurt Fischer (KPD) geleitete Ressort für Inneres und Volksbildung. Hier befasste sich die Ehefrau des sächsischen KPD-Chefs Hermann Matern, Jenny Matern, in der Abteilung Sozialverwaltung vor allem mit der Vertriebenen- und Flüchtlingsbetreuung. Damit kontrollierten zuverlässige KPD-Kader die Anfänge sächsischer Vertriebenenpolitik. Zudem deutet die administrative Anbindung im kommunistisch dominierten Innenressort darauf hin, dass die SMA diese Problematik in erster Linie unter sicherheitspolitischen Aspekten betrachtete.<sup>16</sup> Zu den ersten Beschlüssen der LVS zählte die „Anordnung über die Lenkung und Betreuung der Flüchtlinge innerhalb des Landgebietes Sachsen“ vom 12. Juli 1945, die auf eine stärkere Kontrolle des „ungesteuerten Umherziehens von Flüchtlingskolonnen“ zielte. Zudem sollten alle neu ankommenden Flüchtlinge in Sammellagern erfasst und in Richtung Frankfurt/Oder beziehungsweise Mecklenburg weitergeleitet werden.<sup>17</sup> Als Reaktion auf die sich immer mehr zuspitzende Lage bestellte das LVS-Präsidium nach einem Beschluss des sächsischen Landesblocks vom 30. August 1945 einen besonderen Staatskommissar für Flüchtlingsfragen mit außerordentlichen Vollmachten und übertrug Jenny Matern diese Aufgabe. Damit entstand in Sachsen eine derartige Sonderverwaltung früher als in den westlichen Besatzungszonen.<sup>18</sup>

---

Hermann Wentker (Hg.), *Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die sowjetische Besatzungszone (1945/46)*, München 1999, S. 235-262.

<sup>15</sup> Brief des Meißner Bischofs Legge an Shukov vom 10. Juli 1945; GARF, f. 7317, op. 2, d. 1, Bl. 6 f. und LUDWIG VOLK (Bearb.), *Akten Deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945*, Bd. VI: 1943–1945 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, Bd. 38), Mainz 1985, S. 710 f. Schreiben Sokolovskijs an Legge vom 28. Juli 1945; GARF, f. 7317, op. 2, d. 1, Bl. 8.

<sup>16</sup> ANDREAS THÜSING (Hg.), *Das Präsidium der Landesverwaltung Sachsen. Die Protokolle der Sitzungen vom 9. Juli 1945 bis 10. Dezember 1946* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 40), Göttingen 2010, S. 31-44.

<sup>17</sup> „Anordnung über die Lenkung und Betreuung der Flüchtlinge innerhalb des Landgebietes Sachsen“ vom 12. Juli 1945; Sächsisches Staatsarchiv – Hauptstaatsarchiv Dresden (HStA Dresden), LRS, MdI 2282. Präsidium der Landesverwaltung Sachsen, S. 131. JUST, Integration (wie Anm. 4), S. 146. DIES., Lösung der Umsiedlerfrage (wie Anm. 4), Anhang, S. 71 f. Schreiben J. Materns vom 29. Juli 1945 an Ulbricht; SAPMO-BA, ZPA, NY 4182/1160, Bl. 9. THÜSING/TISCHNER, „Umsiedler“ (wie Anm. 1), S. 106. Aktennotiz, Besprechungsprotokoll und Entschließung der Konferenz vom 21. August 1945; HStA Dresden, LRS, MP 1313, Bl. 36-38. Schreiben General Dubrovskijs an General Kotikov vom 24. August 1945; GARF, f. 7212, op. 1, d. 11, Bl. 10. Schreiben J. Materns an Fischer vom 1. September 1945; HStA Dresden, LRS, MdI 302, Bl. 117. Bericht J. Materns an Friedrichs und Dubrovskij vom 21. August 1945; HStA Dresden, LRS, MP 1313, Bl. 10.

<sup>18</sup> Schreiben Friedrichs an die LDP vom 31. August 1945; HStA Dresden, LRS, MP 1313, Bl. 64. Zur Bestellung Materns HStA Dresden, LRS, MP 675, Bl. 129. Präsidium der Landesverwaltung Sachsen (wie Anm. 16), S. 165. SCHWAB, Flüchtlinge (wie Anm. 1), S. 50-72.

Vertriebenenpolitische Themen bestimmten bereits im Sommer 1945 in nicht zu unterschätzendem Ausmaß die Auseinandersetzungen der Parteien. Kennzeichnendes Element kommunistischer Nachkriegspolitik war die Blockpolitik, mit der politische Konkurrenten insbesondere aus dem bürgerlichen Lager an Entscheidungen beteiligt, eingebunden und damit von einer Fundamentalopposition abgehalten werden sollten.<sup>19</sup> Eine erste Belastungsprobe des zentralen Blocks war die Verabschiedung einer Resolution zu den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz. Hierzu mussten nicht nur die Kommunisten, sondern auf Druck der Sowjets auch SPD, CDU und LDP positiv Stellung nehmen – die Resolution konnte erst nach langwierigen Auseinandersetzungen insbesondere zu den Passagen zur Oder-Neiße-Grenze und der Vertreibung am 12. August 1945 verabschiedet werden.<sup>20</sup>

Offene Kritik an den für sie sensiblen Themen wie der neuen deutschen Ostgrenze sowie der Vertreibung unterband die SMAD rigoros: So wurde bei der Veröffentlichung einer Rede Otto Grotewohls (SPD) vom 14. September 1945 der entsprechende Passus gestrichen, die Verbreitung des Führungsanspruchs der SPD gegenüber der KPD dagegen zugelassen.<sup>21</sup>

Parallel hierzu befasste sich die SMAD Ende August/Anfang September 1945 auch intern verstärkt mit dem Vertriebenenproblem.<sup>22</sup> Dabei standen die Bestre-

<sup>19</sup> SIEGFRIED SUCKUT, Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses. Quellenedition (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, Bd. 3), Köln 1986, S. 7-53. Auskunft Semenovs über den Block vom 21. Dezember 1945; Aktennotiz Tjulpanovs über die politische Lage in der SBZ vom 26. Dezember 1945; JOCHEN LAUFER/GEORGIJ P. KYNIN (Hg.), Die UdSSR und die Deutsche Frage 1941–1949. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Teil 2: 9. Mai 1945–3. Oktober 1946, Moskau 2000, S. 201-224, 227-234.

<sup>20</sup> DONTN, Vertriebene (wie Anm. 1), S. 67-70. Übersicht der Siebenten Abteilung der GlavPURKKA vom 22. August 1945 für den Chef der Propagandaverwaltung des ZK der VKP/b, Alexandrov; RCChIDNI, f. 17, op. 125, d. 319, Bl. 51-58. Schreiben Serovs vom 8. August 1945 an Berija, das dieser an Stalin, Molotov und Malenkov weiterleitete; GARF, f. 9401, op. 2, d. 98, Bl. 95-109 und 138-144. NAIMARK, Russians (wie Anm. 14), S. 69-132.

<sup>21</sup> DONTN, Vertriebene (wie Anm. 1), S. 71. Bericht des Informationsbüros der SMAD über die politische Lage in Deutschland vom 3. November 1945. BONWETSCH, Sowjetische Politik (wie Anm. 7), S. 20-30.

<sup>22</sup> Schreiben des Politischen Beraters Vyshinskij an Shukov vom 4. August 1945. LAUFER/KYNIN, UdSSR und deutsche Frage, Teil 2 (wie Anm. 19), S. 72-79. WILLE, Zentralverwaltung (wie Anm. 7), S. 27 f. Studie der DVAS-Abteilung Ausgewiesene und Heimkehrer „Aufnahme und Unterbringung der Ostflüchtlinge und Vertriebenen in der SBZ“ vom 28. Juli 1945. WILLE, Ankunft und Aufnahme 1945 (wie Anm. 3), S. 200-202. Schreiben der Abteilung für Arbeitskräfte an den Chef der Wirtschaftsverwaltung der SMAD, Generalmajor Schabalin, vom 4. September 1945; GARF, f. 7317, op. 50, d. 7, Bl. 65. Protokoll der Beratung der DVAS vom 4. September 1945. WILLE, Ankunft und Aufnahme 1945 (wie Anm. 3), S. 210-225. Bericht Lehmanns vom 5. September 1945; GARF, f. 7317, op. 51, d. 20, Bl. 162-165. Schreiben der DVAS an die SMAD-Abteilung Arbeitskräfte vom 5. September 1945. WILLE, Ankunft und Aufnahme (wie Anm. 3), S. 226-228 und 238. MICHAEL SCHWARTZ, Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung. Zur Ortsbestimmung der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU) im politisch-administrativen System der SBZ, in: Hartmut Mehringer (Hg.), Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschafts-

bungen der SMAD-Abteilung für Arbeitskräfte, den eigenen Zuständigkeitsbereich auszubauen, der Politik Serovs entgegen, der alle sicherheitspolitisch relevanten Bereiche, zu denen für ihn in besonderem Maße die Vertriebenen gehörten, unter seine Kontrolle zu bringen versuchte.<sup>23</sup> Dass sich in diesem administrativen Gerangel letztlich Serov durchsetzte, unterstreicht, dass die Eingliederung der Vertriebenen für die Besatzungsmacht zu diesem Zeitpunkt in erster Linie ein sicherheitspolitisches Problem war.

Am 14. September 1945 befahl Shukovs Stellvertreter, Armeegeneral Sokolovskij, in der SMAD-Verwaltung für Kommandantendienst sowie den Abteilungen für Kommandantendienst der SMA der Länder und Provinzen, die zum Apparat Serovs gehörten, eine „Abteilung für Umsiedlung“ zu bilden.<sup>24</sup> Aufgabe der SMAD-Umsiedlerabteilung war die erste Unterbringung und Versorgung der Vertriebenen, während die Bereitstellung von Wohnraum und Arbeitsplätzen in der Verantwortung des ökonomischen Apparates der SMAD verblieb. Hier stieß Serov offenbar an die Grenzen seiner Macht, organisierte aber den Aufbau der Umsiedlerabteilungen der SMA in den Ländern und Provinzen.<sup>25</sup>

Parallel zum Ausbau ihres eigenen Apparates gründete die SMAD mit dem Befehl Nr. 014 vom 14. September 1945 über die Errichtung einer „Zeitweiligen Deutschen Zentralverwaltung für Umsiedlung“ innerhalb des deutschen Verwaltungsapparates die spätere ZVU. Die Landes- und Provinzialverwaltungen hatten ebenfalls unter Kontrolle der SMA-Abteilungen für Kommandantendienst eigene „Abteilungen für Umsiedlung“ einzurichten. Die Aufgabe der neuen Zentralverwaltung umfasste die Aufnahme, Verteilung und dauerhafte Ansiedlung der Vertriebenen in der SBZ.<sup>26</sup> Nachdem die SMAD die Verwendung der Begriffe „Flüchtlinge“ oder „Ausgewiesene“ untersagte und stattdessen den Terminus

---

system in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 1995, S. 43-96.

<sup>23</sup> VLADIMIR VLADIMIROVIC SACHAROV/DMITRIJ NIKOLAEVIC FILIPPOVYCH/MICHAEL KUBINA, Tschekeiten in Deutschland. Organisation, Aufgaben und Aspekte der Tätigkeit der sowjetischen Sicherheitsorgane in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945-1949), in: Manfred Wilke (Hg.), Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin), Berlin 1998, S. 293-336. NIKITA PETROV, Die Apparate des NKVD/MVD und des MGB in Deutschland (1945-1953). Eine historische Skizze, in: Alexander von Plato (Hg.), Studien und Berichte (Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Bd. 1), Berlin 1998, S. 143-157.

<sup>24</sup> SMAD-Befehl Nr. 013 vom 14. September 1945; GARF, f. 7317, op. 7, d. 10, Bl. 47.

<sup>25</sup> Stellenplan der SMAD-Umsiedlerabteilung vom 15. September 1945. Stellenplan für die Abteilungen für Organisation der Statistik und Verteilung der deutschen Umsiedler bei den SMA der Länder und Provinzen vom 14. Oktober 1945; GARF, f. 7317, op. 7, d. 10, Bl. 48-50 und 51 f.

<sup>26</sup> Befehl Nr. 014 vom 14. September 1945 über die „Gründung einer zeitweiligen deutschen Zentralverwaltung für Umsiedlung“; GARF, f. 7317, op. 7, d. 10, Bl. 53. Stellenplan der „Zentralverwaltung für Statistik und Verteilung der deutschen Umsiedler“ vom 14. September 1945; ebd., Bl. 54-56. SCHWARTZ, Vertriebene (wie Anm. 5), S. 73-75.

„Umsiedler“ vorschrieb, setzte sich diese Begrifflichkeit in der SBZ/DDR durch.<sup>27</sup>

Mitte Dezember 1945 unterstellte die SMAD die Umsiedlerabteilungen endgültig den Landes- und Provinzialverwaltungen. Das Präsidium der LVS ordnete am 21. Dezember 1945 das Umsiedleramt wieder dem von Kurt Fischer (KPD) geleiteten Ressort für Inneres und Volksbildung zu. Da die KPD fast alle Schlüsselpositionen in der LVS-Umsiedlerabteilung innehatte, lag die Umsetzung der vertriebenenpolitischen Vorgaben der SMAS fast ausschließlich in kommunistischer Hand.<sup>28</sup>

Eine Richtlinie der SMAD-Verwaltung für Kommandantendienst vom 4. Oktober 1945 regelte für die Länder und Provinzen der SBZ die Größenordnungen der „zum ständigen Verbleib“ aufzunehmenden Vertriebenen, nannte Sachsen allerdings noch nicht als Aufnahmegebiet.<sup>29</sup> Etwa zum gleichen Zeitpunkt befahl die Besatzungsmacht jedoch, alle in Sachsen befindlichen Vertriebenen anzusiedeln und der einheimischen Bevölkerung gleichzustellen. Damit mussten in Sachsen etwa 500.000 bis 800.000 Personen eine neue Heimat finden.<sup>30</sup> Die SMAS-Umsiedlerabteilung nahm am 1. Oktober 1945 unter Leitung von Oberstleutnant Wolodin ihre Tätigkeit auf und musste ihre Zuständigkeit insbesondere gegenüber der Abteilung für Arbeitskräfte und den Kommandanturen durchsetzen.<sup>31</sup>

---

<sup>27</sup> SCHWARTZ, Zusammenbruch (wie Anm. 22), S. 60 f. DERS., „Umsiedler“ (wie Anm. 14), S. 237 f.

<sup>28</sup> WILLE, Zentralverwaltung (wie Anm. 7), S. 33. SCHWARTZ, Zusammenbruch (wie Anm. 22), S. 60-65. Schreiben Friedrichs an Knoch vom 19. Dezember 1945; HStA Dresden, LRS, MdI 2191. Schreiben von Friedrichs vom 22. und 27. Dezember 1945; HStA Dresden, LRS, MdI 2191 und MP 1314.

<sup>29</sup> Richtlinien der SMAD-Verwaltung für Kommandantendienst vom 4. Oktober 1945; MANFRED WILLE (Hg.), Die Sudetendeutschen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Dokumente, Magdeburg 1993, S. 27.

<sup>30</sup> Bericht über die Tätigkeit der Abteilung für deutsche Umsiedler bei der Landesverwaltung Sachsen im 1. Arbeitsjahr vom 17. Juli 1946; Bundesarchiv Potsdam (nunmehr Berlin-Lichterfelde) (BAP), DO 1, B 10, Nr. 23, Bl. 19-33. Übersicht der Sozialverwaltung Flüchtlingsvorsorge vom 3. September 1945 und tabellarische Aufstellung zur Zahl der Flüchtlinge in Sachsen von August und September 1945; HStA Dresden, LRS, MdI 302, Bl. 102 f. und 68 f. Übersicht über die Bevölkerung und Anteil der Umsiedler in der SBZ vom 2. November 1945; BAP DQ 2, Nr. 2007, Bl. 260. Auskunftsbericht vom 17. Oktober 1945 über die Zahl der Umsiedler vom 1. September 1945; GARF, f. 7317, op. 51, d. 20, Bl. 342. JUST, Lösung der Umsiedlerfrage (wie Anm. 4), S. 46.

<sup>31</sup> Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Dresden 1948, Teil 2; GARF, f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 330-333. Bericht der Verwaltung für Kommandantendienst für den Monat September 1945; GARF, f. 7317, op. 9, d. 1, Bl. 21-26. Tätigkeitsbericht der Umsiedlerabteilung der SMAD für 1946; GARF, f. 7317, op. 9, d. 41, Bl. 236-278. Befehl Nr. 043 des Chefs der SMAS vom 25. April 1946; GARF, f. 7212, op. 1, d. 14, Bl. 110-113. Geschichte der Arbeit der Verwaltung für Innere Angelegenheiten der SMAD von Juli 1945 bis Oktober 1949, Teil XIII: Erfüllung der Entscheidung der Potsdamer Konferenz über die Umsiedlung der Deutschen und ihre Versorgung mit Arbeitsplätzen; GARF, f. 7317, op. 17, d. 1, Bl. 138-154. Schreiben des SMAD-Stabes an Dubrovskij vom 7. September 1945; GARF, f. 7212, op. 1, d. 11, Bl. 3. Befehl Nr. 043 des Chefs der SMAS vom 25. April 1946; GARF, f. 7212, op. 1, d. 14, Bl. 110-113.

Rahmenbedingungen und organisatorische Umsetzung der Vertriebenen eingliederung in der SBZ gab die sowjetische Besatzungsmacht vor. Wie die Protokolle der gemeinsamen Besprechungen der Umsiedlerabteilungen von SMAS und LVS zeigen, traf die Besatzungsmacht alle wichtigen Entscheidungen selbst.<sup>32</sup> 1945/46 betraf das in erster Linie die Einrichtung von Aufnahmepunkten an den Grenzen sowie die Bereitstellung von Sanitätspersonal. An zweiter Stelle stand ein Plan zur Aufteilung der Vertriebenen auf die einzelnen Länder und Provinzen der SBZ. Dabei war es für die SMAD selbstverständlich, dass Vertriebene in den Ansiedlungsorten Quartier und ihrer beruflichen Qualifikation entsprechende Arbeitsplätze erhielten. Eine wesentliche Erweiterung der Zuständigkeiten kündigte der Leiter der SMAD-Umsiedlerabteilung, Oberstleutnant Maslenikov, Ende September 1946 an, da jetzt die Umsiedler auch in den „Volkskörper ein[zu]bauen“ seien. Das könne nicht auf die Versorgung mit Wohnraum und Arbeitsplätzen reduziert werden. Umfassendere Konzepte wie eine auf „Arbeitsmarktintegration“ (Schwartz) setzende Eingliederungspolitik ließen sich allerdings 1946 nicht umsetzen, da sie bei Besatzungsmacht und SED keine Unterstützung fanden.<sup>33</sup>

Steuerung und Kontrolle der ZVU gehörten zu den wichtigsten Aufgaben der SMAD-Umsiedlerabteilung. Das betraf insbesondere die Personalpolitik. KPD-

---

<sup>32</sup> Protokolle der Besprechungen in HStA Dresden, LRS, Mdi 2274-2280 und 2398-2399. Bericht Wolodins über den Stand der Umsiedlung in Sachsen vom 1. Dezember 1945; GARF, f. 7212, op. 2, d. 5, Bl. 42 f. Beitrag Wolodins auf einer Arbeitskonferenz der Lagerleiter und Leiter der Umsiedlerämter am 15. Juni 1946 in Pirna. HStA Dresden, LRS, Mdi 2206. Schema der Berichterstattung der Abteilung für deutsche Umsiedler bei der LVS an die Umsiedlerabteilung der SMAS. HStA Dresden, LRS, Mdi 2277. Berichte über die Lagerinspektionen Ende 1945/Anfang 1946; HStA Dresden, LRS, Mdi 2399. Tätigkeitsbericht der SMAS-Abteilung für Kommandantendienst für Juni 1946; GARF, f. 7317, op. 9, d. 8, Bl. 290-304. Tätigkeitsbericht der SMAS-Abteilung für Kommandantendienst für Juli 1946; ebd., Bl. 325-348. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945-1948, Teil 2; GARF, f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 334. Befehl der SMAS-Abteilung für Kommandantendienst vom 8. Oktober 1945; HStA Dresden, LRS, Mdi 2586. SCHWAB, Flüchtlinge (wie Anm. 1), S. 85-89.

<sup>33</sup> Rede Oberst Isakovs auf der Arbeitskonferenz der ZVU vom 25./26. September 1945; BAP DO 1, B 10, Nr. 29, Bl. 113 f. und 192-196. Beitrag Oberst Isakovs auf der Arbeitskonferenz der ZVU am 1. Februar 1946; SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/11/217. Rede Oberstleutnant Maslenikovs am 27. September 1946 auf der ZVU-Arbeitstagung; BAP DO 1, B 10, Nr. 30, Bl. 244. SCHWARTZ, Zusammenbruch (wie Anm. 22), S. 77-79. Tätigkeitsbericht der SMAD-Umsiedlerabteilung für 1946; GARF, f. 7317, op. 9, d. 41, Bl. 236-278. MICHAEL SCHWARTZ, Apparate und Kurswechsel. Zur institutionellen und personellen Dynamik von ‚Umsiedler‘-Politik in der SBZ/DDR 1945-1953, in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hg.), Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 1999, S. 105-135. Organisationsplan der ZVU vom 9. Januar 1946; BAP DO 1, B 10, Nr. 1, Bl. 31-34. Arbeitsplan der ZVU vom Dezember 1945; HStA Dresden, LRS, Mdi 2189. Schreiben Chwalczyks an Tschesno vom 4. Mai 1946; BAP DO 1, B 10, Nr. 12, Bl. 44-46. SCHWARTZ, „Umsiedler“ (wie Anm. 14), S. 248 f.

Mitglieder besetzten seit Ende 1945 alle Führungspositionen. Berücksichtigt man die Schwierigkeiten der KPD bei der personellen Ausstattung der Zentralverwaltungen, so belegt dies die Bedeutung der ZVU.<sup>34</sup>

Die Besatzungsmacht forderte von der deutschen Verwaltung eine genaue Umsetzung ihrer Vorgaben. Ein umfangreiches Berichtssystem sollte die Information der SMAD über alle relevanten Vorgänge gewährleisten.<sup>35</sup> Das Instrumentarium der SMAD reichte über direkte, auch detaillierte Vorgaben und Interventionen bis hin zur indirekten Einflussnahme auf deutsches Verwaltungshandeln. Zudem befahl die SMAD, ihr regelmäßig über die Stimmungslage der Vertriebenen Bericht zu erstatten. Zahlreiche Anordnungen betrafen die Abstellung von „Fehlern“, ein Indiz dafür, dass die Ausführung sowjetischer Anweisungen durch deutsche Stellen nicht reibungslos funktionierte.<sup>36</sup>

Ein wichtiges Element der KPD-Vertriebenenpolitik war der Aufbau eines eigenen Apparates innerhalb der Partei, der die Eingliederung der Vertriebenen steuern sollte. Außerdem versuchte die KPD, mit einer gezielten Ansiedlung von sogenannten Antifa-Umsiedlern den Einfluss der Partei auf Gebiete auszudehnen, in denen sie bisher nicht vertreten war.<sup>37</sup>

---

<sup>34</sup> Tätigkeitsbericht der SMAD-Verwaltung für Kommandantendienst für 1946; GARE, f. 7317, op. 9, d. 41, Bl. 53-97. Aktennotiz vom 24. Oktober 1945 für Pieck, Ulbricht und Dahlem über einen Anruf der SMAD; SAPMO-BA, ZPA, NY 4182/1160, Bl. 23. Deutsche Übersetzung eines russischen Schreibens; BAP DO 1, B 10, Nr. 4, Bl. 6. Schreiben Isakovs an Schlaffer vom 30. November 1945; BAP DO 1, B 10, Nr. 86, Bl. 10. Personaletat der ZVU, vor Dezember 1945; BAP DO 1, B 10, Nr. 3, Bl. 11-15. WILLE, Zentralverwaltung (wie Anm. 7), S. 42. SCHWARTZ, Zusammenbruch (wie Anm. 22), S. 46-48 und 76. Bericht Ulbrichts vom 17. Oktober 1945 „Über unsere Arbeit in der Verwaltung“; RCCHIDNI, f. 17, op. 128, d. 792, Bl. 47-49.

<sup>35</sup> Erinnerungen des ZVU-Präsidenten Engel; SAPMO-BA, ZPA, SGY 30/1821/1, Bl. 3. Oberst Isakov auf der Arbeitskonferenz der ZVU vom 26. Oktober 1945; BAP DO 1, B 10, Nr. 29, Bl. 194. Protokoll der Besprechung bei der SMA vom 12. März 1946; HStA Dresden, LRS, Mdl 2398, Bl. 119.

<sup>36</sup> Bericht über die Arbeit der Verwaltung für Kommandantendienst im Dezember 1946; GARE, f. 7317, op. 9, d. 41, Bl. 3-21. Tätigkeitsbericht der SMAD-Umsiedlerabteilung für 1946; ebd., Bl. 236-278. Niederschrift über die Besprechung der Finanzleiter der Umsiedlerabteilungen der Länder und Provinzen vom 12. September 1946; BAP DO 1, B 10, Nr. 30, Bl. 177-180. Sitzungsprotokoll vom 21. Mai 1946; ebd., Bl. 129-138. FOITZIK, SMAD (wie Anm. 8), S. 301-330. SCHWARTZ, „Umsiedler“ (wie Anm. 14), S. 246.

<sup>37</sup> Politischer Rundbrief Schlaffers vom 1. Dezember 1945; BAP DO 1, B 10, Nr. 5, Bl. 110-118. JAN FOITZIK, Kadertransfer. Der organisierte Einsatz sudetendeutscher Kommunisten in der SBZ 1945/46, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 31 (1983), S. 309-334. UWE SCHNEIDER, Die deutschen Antifaschisten in der CSR im Jahre 1945, die Situation nach Kriegsende und Aussiedlung in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands (SBZ), in: Odsun – Die Vertreibung der Sudetendeutschen. Begleitband zur Ausstellung, München 1995, S. 257-275. HEIKE VAN HOORN, Neue Heimat im Sozialismus. Die Umsiedlung und Integration sudetendeutscher Antifa-Umsiedler in die SBZ/DDR, Essen 2004. Gedanken und Vorschläge zur Organisierung der Parteiarbeit des Ressorts Umsiedlung vom 27. Dezember 1945; HStA Dresden, LRS, Mdl 2399. Bericht der Umsiedlerkonferenz der KPD-Bezirksleitung vom 27. Januar 1946 und Richtlinienentwurf zur Organisierung der Umsiedlungsarbeit im Bezirk Sachsen; HStA Dresden, SED-BPA Dresden, I/A/025.

*III. Die Vertriebenenpolitik von sowjetischer Besatzungsmacht und SED  
und der Wahlkampf während der Gemeinde-, Kreistags- und Landtagswahlen  
in Sachsen 1946*

Die ersten Kommunal-, Kreistags- und Landtagswahlen in der SBZ nach dem Ende des Nationalsozialismus besaßen für die sowjetische Besatzungsmacht große deutschlandpolitische Bedeutung. Um einen Sieg der SED sicherzustellen, wurde diese von der SMAD massiv unterstützt, während die bürgerlichen Parteien systematisch behindert wurden.<sup>38</sup>

Bereits während der Vorbereitung des Volksentscheids über die Enteignung von „Nazi- und Kriegsverbrechern“, der als Generalprobe für die Wahlen galt, befassten sich SMAS und SED mit den Vertriebenen, da zumindest diejenigen, die bis zum 31. Mai 1946 angesiedelt waren und sich nicht mehr in einem Quarantänelager aufhielten, stimmberechtigt sein würden.<sup>39</sup> Dabei hatten SMA und SED keine Illusionen darüber, dass unter den Vertriebenen die Ablehnung ihrer Politik gerade wegen der Oder-Neiße-Grenze und der Schwierigkeiten bei der Ansiedlung besonders groß war. Deshalb hielten sie die Zahl der Abstimmungsberechtigten in dieser Bevölkerungsgruppe so gering wie möglich. Zum einen wurde die Einweisung Vertriebener nach Sachsen gedrosselt, sodass deren Anzahl zwischen April und Anfang Juli mit ca. 550.000 stabil blieb, und zum anderen räumte die Abstimmungsordnung kommunalen Verwaltungen und lokalen SED-Funktionä-

---

<sup>38</sup> Schreiben Tjulpanovs an Suslov vom 28. August 1946; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 146, Bl. 245-248. Schreiben Tjulpanovs an den SMAD-Stabschef vom 17. Juli 1946; Archiv Vnesnej Politiki Rossijskoj Federacii [Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation] (AVP RF), f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 12, Bl. 272-278. Ausführungen Vatniks auf der Beratung der Kommission des ZK der KPdSU zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD mit den leitenden Mitarbeitern der Propagandaverwaltung und den Leitern sonstiger sowjetischer Propagandaorganisationen in Deutschland vom 17. September 1946; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 149, Bl. 4-18. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945-1948, Dresden 1948, Bd. 2; GARF, f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 48. CREUZBERGER, Besatzungsmacht (wie Anm. 7), S. 44-52. RALF THOMAS BAUS, Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung – Programm – Politik (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 36), Düsseldorf 2001, S. 303-341. KURZWEG, Vertriebenenpolitik (wie Anm. 1), S. 112-165. NAIMARK, Russians (wie Anm. 14), S. 327-335. MIKE SCHMEITZNER/STEFAN DONT, Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945-1952 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 21), Köln/Weimar/Wien 2002, S. 245-257. Schreiben „Maßnahmeplan zur Vorbereitung der Wahlen in der SBZ“ Tjulpanovs an Semenov vom 22. Mai 1946. LAUFER/KYNIN, UdSSR und deutsche Frage (wie Anm. 19), Teil 2, S. 420-423.

<sup>39</sup> Anordnung vom 31. Mai 1946 zur Durchführung des Volksentscheids; HStA Dresden, LRS, MdI 28, Bl. 411. Aktennotiz vom 29. Mai 1946 des Büros des Landesabstimmungsleiters; ebd., Bl. 424. JUST, Lösung der Umsiedlerfrage (wie Anm. 4), S. 69. Ausführungen Hagens auf einer Sitzung der Zwickauer SED-Bezirksleitung vom 6. Juni 1946; SAPMO-BA, ZPA, NY 4182/908. Brief eines namentlich nicht genannten sächsischen SED-Funktionärs. Informationsbulletin der SMAD für den Moskauer ZK-Apparat vom 21. Juni 1946; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 156, Bl. 91-97.

ren genügend Spielraum ein, die Zahl der abstimmungsberechtigten Vertriebenen bei Bedarf zu begrenzen, denn ihnen oblag die Definition des Terminus „angesiedelt“.<sup>40</sup>

Unmittelbar nach dem Ende des Volksentscheids wies Tjulpanov die Führung der KPdSU darauf hin, dass die Oder-Neiße-Grenze und die damit verbundene Wahlentscheidung der Vertriebenen „wesentlichen Einfluss auf den Ausgang“ der nun bevorstehenden Wahlen hätte, und informierte sie über die Eingliederungsbestrebungen.<sup>41</sup>

Auf Druck der SMA erörterten die Führungsgremien der SED, wie Vertriebene durch eine gezielte Verbesserung ihres Lebensstandards von einer Fundamentalopposition abzuhalten wären.<sup>42</sup> Dabei unterstellte die Partei in ihrer Propaganda ein gemeinsames Interesse von Einheimischen und Vertriebenen an den sozialstrukturellen Umwälzungen in der SBZ.<sup>43</sup> Insbesondere setzte die SED bei der Unterstützung der Vertriebenen auf „freiwillige“ Aktionen der einheimischen Bevölkerung, wohl um diese vor den Wahlen nicht mit Zwangsmaßnahmen zu verprellen.<sup>44</sup> Die SED-Kreisleitungen sollten zudem mit der Bildung von Umsiedlerausschüssen vor allem die CDU einbinden und ihr die Durchführung einer eigenständigen Vertriebenenpolitik erschweren.<sup>45</sup> Sachsen spielte dabei eine Vor-

<sup>40</sup> Memorandum Tjulpanovs für Suslov über die Tagung des Parteivorstandes der SED vom 19.–20. Juni 1946 vom 25. Juni 1946; BONWETSCH, Sowjetische Politik (wie Anm. 7), S. 42. CREUZBERGER, Besatzungsmacht (wie Anm. 7), S. 46–48. JUST, Lösung der Umsiedlerfrage (wie Anm. 4), Anhang, S. 146–148. Statistiken der ZVU über die sich in Sachsen befindlichen Umsiedler von April und Juni 1946; BAP DO 1, B 10, Nr. 14, Bl. 58 f. und Nr. 23, Bl. 258. Sonderberichte des LAA für die in Sachsen befindlichen Umsiedler für die Monate Mai und Juni 1946; HStA Dresden, LRS, MASF 425.

<sup>41</sup> Schreiben Tjulpanovs an den Stabschef der SMAD über die politische Lage in der SBZ im Juli 1946 vom 17. Juli 1946. Memorandum über die Lage der SED von Tjulpanov vom 1. Juli 1946; AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 12, Bl. 272–278 und 279–281. Bulletin zur internationalen und innerdeutschen Information des Informationsbüros der SMAD Nr. 59 (63) vom 10. August 1946 für Panjuschkin. Hier handelt es sich um eine spezielle Ausgabe zur Frage der „Umsiedler“; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 158, Bl. 26–32. Schreiben Korotkevischs an Suslov und Panjuschkin vom 22. August 1946; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 132, Bl. 1 f.

<sup>42</sup> Bericht Tjulpanovs vom 17. Juli 1946 an den Stabschef der SMAD über die politische Lage in der SBZ im Juli 1946; AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 12, Bl. 272–278.

<sup>43</sup> Bericht über die Sachbearbeiterkonferenz für Umsiedlerfragen am 9. Mai 1946; BAP DO 1, B 10, Nr. 35, Bl. 84–89.

<sup>44</sup> Richtlinien der Blockparteien vom 20. Juli 1946. Rundschreiben an alle Bezirks- und Kreisvorstände der SED vom 16. August 1946 der Kommunalpolitischen Abteilung des SED-Landesvorstandes; HStA Dresden, SED-BPA Dresden, A/818, Bl. 78 f. und 101 f.

<sup>45</sup> Rundschreiben vom 27. Mai 1946; HStA Dresden, SED-BPA Dresden, A/818, Bl. 13 f. SCHWAB, Flüchtlinge (wie Anm. 1), S. 121–136. THÜSING/TISCHNER, „Umsiedler“ (wie Anm. 1), S. 187–252. Mitteilung an das ZS, undatiert, aber vor den Gemeindevahlen. SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/11/226, Bl. 73 f. Wahrscheinlich in der ZVU oder im mittleren SED-Apparat entstanden. Vermerk des LAA vom 2. Juli 1946; HStA Dresden, LRS, MASF 430. Abschnitt „Umsiedler, Heimkehrer, Rentner“ des Monatsberichts des CDU-Landesverbandes Sachsen Mai 1946; Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (ACDP) III-035-006.

reiterrolle für die anderen Länder und Provinzen der SBZ. Die noch von der KPD Ende 1945 ins Leben gerufene Volkssolidarität zielte auch darauf ab, die Verteilung kirchlicher Spenden in den Umsiedlerlagern zu kontrollieren, was jedoch nur in geringem Maße gelang.<sup>46</sup>

Als die CDU versuchte, ihr Wählerpotenzial unter den Vertriebenen stärker auszuschöpfen, und zahlreiche Funktionäre ihre Zurückhaltung in der Grenzfrage immer mehr aufgaben, intensivierte die SMAD-Propagandaverwaltung ihre „Gegenpropaganda“ und begann beispielsweise, unliebsame Äußerungen bürgerlicher Politiker zu zensieren.<sup>47</sup> Tjulpanov zählte neben der Revision der Oder-Neiße-Grenze die vom CDU-Vorsitzenden Jakob Kaiser vertretene These vom „christlichen Sozialismus“, das Streben der SED zu Diktatur und Sozialisierung, die Gleichsetzung von SED-Methoden mit denen der Nationalsozialisten, das Fehlen von Demokratie und die Korruption in den Verwaltungen zu den wichtigsten Wahlkampfthemen der bürgerlichen Parteien.<sup>48</sup> Als Kaiser das Verbot, die Grenzproblematik anzusprechen, auf einer Wahlkampfveranstaltung in Görlitz ignorierte, unterband die SMAD eine Berichterstattung in der Presse. Dennoch verbreitete sich die Forderung Kaisers „blitzschnell“ unter der sächsischen Bevölkerung und führte zu einem Ansehensverlust der SED.<sup>49</sup>

<sup>46</sup> DONT, Vertriebene (wie Anm. 1), S. 185-188.

<sup>47</sup> Bericht der SMAS-Abteilung für Kommandantendienst für April 1946; GARF, f. 7317, op. 9, d. 8, Bl. 157-171. Bericht aus Leipzig über die Arbeit der Union auf vertriebenenpolitischem Gebiet im März und April 1946; ACDP III-035-010. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945-1948, Dresden 1948; GARF, f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 126. Schreiben Tjulpanovs an Shikin und Bokov vom 6. Mai 1945; AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 12, Bl. 22-29. Aktennotiz Tjulpanovs vom 7. Mai 1946 über die Stimmung der deutschen Bevölkerung. Aktennotiz Sdorovs vom 16. April 1946; AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 12, Bl. 43-51 und 195-201.

<sup>48</sup> Aktennotiz Tjulpanovs an Bokov vom Mai 1946; AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 12, Bl. 208-214. Memorandum über die Lage der SED von Tjulpanov vom 1. Juli 1946; ebd., Bl. 279-281. Informationsbrief Nr. 10 des Stellvertretenden Chefs der Politabteilung beim Politischen Berater Filipov für den Zeitraum vom 20. Juli-15. August 1946; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 146, Bl. 214-235. MANFRED AGETHEN, Die CDU in der SBZ/DDR 1945-1953, in: Jürgen Frölich (Hg.), „Bürgerliche“ Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, Köln 1994, S. 47-72. Ausarbeitungen Dr. Geisler, die auf dem Parteitag diskutiert wurden; ACDP VII-011-712. Rede Kaisers vom 16. Juni 1946; ACDP I-090-016/2. Entschließung des Parteitages zur Flüchtlingsfrage vom 17. Juni 1946; ACDP I-188-001/1. Schreiben Tjulpanovs vom 25. Juni 1946 an Suslov; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 146, Bl. 1-5. Einschätzung der 7. Verwaltung der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte der UdSSR; BONWETSCH, Sowjetische Politik (wie Anm. 7), S. 47 f.

<sup>49</sup> CREUZBERGER, Besatzungsmacht (wie Anm. 7), S. 55. Bericht des Chefs der Propagandaabteilung der Zwickauer Bezirkskommandantur über die Ergebnisse der Gemeindevahlen im Bezirk Zwickau vom 15. September 1946; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 152, Bl. 166-172. Kurze Charakteristik Hugo Hickmanns von Hauptmann Kratin vom 27. Oktober 1947; AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 9, Bl. 117-120. Stenogramm der Beratung der Kommission des ZK zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD mit den leitenden Mitarbeitern der Propagandaverwaltung und den Leitern sonstiger sowjetischer Propagandaorganisationen in Deutschland vom 19. September 1946; RCChIDNI,

Erst spät gestattete die SMAD der SED eine flexiblere Haltung zur Ostgrenze, um den bürgerlichen Parteien etwas entgegenzusetzen zu können.<sup>50</sup> So schwächte der SED-Parteivorstand in einer Erklärung „SED und Ostgrenze“ (12. August 1946) die bisherige Linie ab. In Sachsen wirkte sich dies bei den Gemeindewahlen am 1. September 1946 jedoch nicht in dem von der SED erhofften Maße aus.<sup>51</sup>

Wie bereits beim Volksentscheid schränkte die von der SMAD vorgegebene Wahlordnung auch bei den Kommunalwahlen das Wahlrecht für Vertriebene ein und begrenzte dadurch das Wählerreservoir der bürgerlichen Parteien.<sup>52</sup> Dagegen entfielen bei den Kreistags- und Landtagswahlen vom 20. Oktober 1946 die insbesondere für Vertriebene geltenden Beschränkungen der Wahlordnungen. Dadurch erhöhte sich in Sachsen die Zahl der Wahlberechtigten im Vergleich zu den Gemeindewahlen um 255.841 Wähler – meist Vertriebene und Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft. Davon profitierten vor allem die bürgerlichen Parteien und die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, während sich die Zahl der für die SED abgegebenen Stimmen nur geringfügig änderte. SBZ-weit gewann die CDU mehr Stimmen hinzu als die LDP.<sup>53</sup>

---

f. 17, op. 128, d. 150, Bl. 62. Memorandum Tjulpanovs für Suslov vom 25. Juni 1946 über die Tagung des Parteivorstandes der SED vom 19.–20. Juni 1946. BONWETSCH, Sowjetische Politik (wie Anm. 7), S. 40-45. Informationsbrief Nr. 8 zur politischen Lage in der SBZ von Semenov vom 10. Juli 1946; LAUFER/KYNIN, UdSSR und deutsche Frage, Teil 2 (wie Anm. 19), S. 538-557.

<sup>50</sup> Erklärung des Parteivorstandes „Um Deutschlands Einheit und Lebensfähigkeit“ vom 17. Juli 1946. Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes, Berlin (Ost) 1948, S. 74. Beschlussprotokoll der Sitzung des ZS vom 5. August 1946. SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/2.1/21.

<sup>51</sup> Anlage zum Protokoll der Sitzung des ZS vom 12. August 1946 „SED und Ostfrage“. SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/2.1/23. In Sachsen wurde diese Erklärung unter dem Titel „SED und Ostfrage“ als Referentenmaterial verwendet; HStA Dresden, SED-BPA Dresden, A/818, Bl. 98. TORSTEN MEHLHASE, Die SED und die Vertriebenen. Versuche der politischen Einflussnahme und der „Umerziehung“ in den ersten Nachkriegsjahren in Sachsen-Anhalt, in: Manfred Wille/Johannes Hoffmann/Wolfgang Meinicke (Hg.), Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, Bd. 13), Wiesbaden 1993, S. 159-177.

<sup>52</sup> CREUZBERGER, Besatzungsmacht (wie Anm. 7), S. 45. Protokoll der Blocksitzung vom 9. Juli 1946. SUCKUT, Blockpolitik (wie Anm. 19), S. 155. Entwurf einer Wahlordnung für die Gemeindewahlen in der sowjetischen Besatzungszone vom März 1946 und Verordnung zur Wahl von Gemeindevertretungen in der sowjetischen Besatzungszone vom 29. Mai 1946. Die Einschränkungen des Wahlrechts aus gesundheitlichen oder juristischen Gründen bleiben hier ausgeklammert; SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/13/309. Anmerkungen zur Wahlordnung vom 5. Juli 1946. Protokoll der Sitzung des SED-Parteivorstandes vom 18.–20. Juni 1946; SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/1/4, Bl. 91.

<sup>53</sup> GÜNTER BRAUN, Wahlen und Abstimmungen, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1993, S. 381-431. Rückblick auf die Wahlen aus dem Monatsbericht des CDU-Landesverbandes für Oktober 1946; ACDP III-035-007.

Bei den Wahlen in Sachsen 1946 erzielte die SED nur eine knappe absolute Mehrheit, während die Union nach den Liberalen zweitstärkste bürgerliche Partei wurde.<sup>54</sup> Als wichtigsten Grund für das schlechte Abschneiden der SED – die SMAD hatte mit deutlich besseren Resultaten gerechnet – benannten der Leiter der SMAS-Propagandaabteilung Oberstleutnant Abram Vatnik und sein Vorgesetzter Tjulpanov die Haltung der Partei zur Ostgrenze und das Abstimmungsverhalten der Vertriebenen, die mehrheitlich für bürgerliche Parteien votiert hätten. Diese Einschätzung wirkte sich auf die Vertriebenenpolitik von SMA und SED ab 1947 aus.<sup>55</sup>

#### *IV. Vertriebenenpolitische Weichenstellungen der SMAD innerhalb der Verwaltung ab 1947*

Nach den Wahlen 1946 war die SMAD immer weniger bereit, die von ihr registrierte Zunahme „reaktionärer“ Bestrebungen sowie die von bürgerlichen Politikern und „noch intensiver von [ehemaligen] Sozialdemokraten“ vertretene Forderung nach Revision der Oder-Neiße-Grenze hinzunehmen.<sup>56</sup> Zudem erklärte

---

<sup>54</sup> JÜRGEN FALTER/CORNELIA WEINS, Die Wahlen in der Sowjetisch Besetzten Zone von 1946. Eine wahlhistorische Analyse, in: Hartmut Mehringer/Michael Schwartz/Hermann Wentker (Hg.), *Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die sowjetische Besatzungszone (1945/46)*, München 1999, S. 215-233. Memorandum Tjulpanovs vom 25. September 1946 über die Ergebnisse der Gemeindewahlen in der SBZ; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 153, Bl. 49-61. Arbeitsbericht für die 2. Jahrestagung der CDU in Berlin vom 6.-9. September 1947; ACDP I-090-016/3.

<sup>55</sup> Weitere Punkte waren u. a. die schlechte Versorgungslage, die Demontagen und die Konflikte zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in der SED. Ausführungen Vatniks auf der Beratung der Kommission des ZK der KPdSU zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD mit den leitenden Mitarbeitern der Propagandaverwaltung und den Leitern sonstiger sowjetischer Propagandaorganisationen in Deutschland vom 17. September 1946; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 149, Bl. 4-18. Memorandum Tjulpanovs vom 25. September 1946 über die Gemeindewahlen in der SBZ; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 153, Bl. 49-61. Undatiertes Memorandum Tjulpanovs zum Ausgang der Kreis- und Landtagswahlen; AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 8, d. 14, Bl. 125-132. Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948); GARF, f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 5. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Bd. 2; GARF, f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 126. Undatierte und nicht namentlich gekennzeichnete Ausarbeitung „Mängel in der Arbeit der SMAD-Propagandaverwaltung bei der Führung der Parteien, Frauen-, Jugend- und anderen Organisationen“. RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 153, Bl. 62-66.

<sup>56</sup> Bericht Tjulpanovs an Sokolovskij über die Aktivierung der Tätigkeit der Einheitsgegner in der SBZ; AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 16, d. 8, Bl. 188-193. Bericht Tjulpanovs vom 9. Januar 1947 über die feindliche Propaganda und Verbreitung reaktionärer Ideen in der SBZ vom 9. Januar 1947; AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 16, d. 8, Bl. 1-14. Protokoll der Sitzung des Sekretariats vom 3. Februar 1947; HStA Dresden, SED-BPA Dresden, A/779, Bl. 66. Protokoll der Landesvorstandssitzung vom 5. Februar 1947; HStA Dresden, SED-BPA Dresden, A/756, Bl. 314. Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948); GARF, f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 19-21. Bericht

Stalin der SED-Führung Anfang 1947, dass er die Oder-Neiße-Linie als endgültig betrachtete.<sup>57</sup>

Dies bildete den Rahmen der SMAD-Politik zur Eingliederung der Vertriebenen. Einheimische und Vertriebene mussten sich mit den gegebenen Verhältnissen arrangieren. Die Einheimischen hatten etwas enger zusammenzurücken, während SMAD und SED von den Vertriebenen eine völlige Anpassung an die Gegebenheiten vor Ort erwarteten. Grundbedingung für die Umsetzung dieses Eingliederungskonzeptes war, die Bevölkerung von der Endgültigkeit der Grenzziehung an Oder und Neiße und damit von der Unabänderlichkeit der dauerhaften Ansiedlung der Vertriebenen zu überzeugen.<sup>58</sup> In einer im Frühsommer 1947 publizierten Broschüre „Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems“ der SED-Führung war bezeichnenderweise nicht von Integration, sondern von „Assimilierung“ die Rede. Als wichtigste Hindernisse galten nicht unterschiedliche Dialekte, Konfessionen und Lebensweisen von Vertriebenen und Einheimischen, sondern das Wirken von „Demagogen“.<sup>59</sup>

1947 stieg der Anteil Vertriebener an der sächsischen Gesamtbevölkerung auf 17,3 Prozent. Im Vergleich zum SBZ-Durchschnitt von 24,2 Prozent wies Sachsen die geringste Zahl auf, hatte aber 1947 mit 160.000 bis 200.000 Vertriebenen nach

---

Tjulpanovs an Shikin und Sokolovskij vom 7. April 1947 über die Stimmung der Bevölkerung in der SBZ; AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 16, d. 8, Bl. 33-47. Bericht Tjulpanovs an Sokolovskij, Makarov, Kurotschkin, Serov und Semenov über die Haltung der Parteien zur Moskauer Konferenz vom 12. Februar 1947; AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 10, Bl. 50-55. Ergebnisprotokoll einer Beratung leitender Mitarbeiter der Informationsversammlung vom 17. März 1947, welches Tjulpanov am 20. März 1947 an Makarov, Kurotschkin, Serov und Ivanov weiterleitete; AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 10, Bl. 179-182. Bericht Tjulpanovs für Shikin, Saposchnikov, Smirnov, Sokolovskij, Dratvin und Ivanov vom 31. Mai 1947 über die Aufnahme der Ergebnisse der Moskauer Konferenz in der deutschen Bevölkerung; JOCHEN LAUFER/GEORGIJ P. KYNIN (Hg.), *Die UdSSR und die Deutsche Frage 1941-1949. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation*, Teil 3, Moskau 2000, S. 295-299. Bericht Tjulpanovs und des Chefs der Gewerkschaftsabteilung der Informationsverwaltung an Suslov vom 22. Juni 1947; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 357, Bl. 90-114. Für Semenov bestimmte Auskunft vom 29. Oktober 1947 über die SED; AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 9, Bl. 42-49.

<sup>57</sup> BERND BONWETSCH/GENNADIJ BORDJUGOV, Stalin und die SBZ. Ein Besuch der SED-Führung in Moskau vom 30. Januar-7. Februar 1947, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 42 (1994), S. 279-303. LAUFER/KYNIN, *UdSSR und deutsche Frage*, Teil 3 (wie Anm. 56), S. 136-156. ROLF BADSTÜBNER/WILFRIED LOTH (Hg.), *Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953*, Berlin 1994, S. 110-126. Von der SED-Führung vorbereitete Materialien „Über den Friedensvertrag und die Regierung für das gesamte Deutschland“, die Suslov am 31. Januar 1947 an Stalin, Molotov und Shdanov weiterleitete; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 1091, Bl. 27-31.

<sup>58</sup> Aktennotiz der ZS-Abteilung für Arbeit und Sozialfürsorge vom 3. April 1947 an Merker; SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/2.027/34, Bl. 32 f.

<sup>59</sup> PAUL MERKER, *Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems*, Berlin (Ost) 1947, S. 7-22.

Sachsen-Anhalt die meisten aufgenommen. Ende 1947 lebten in Sachsen etwa eine Million Vertriebene. Davon gelangten über 80 Prozent in die Landkreise.<sup>60</sup>

Dies stellte die neue sächsische Landesregierung (LRS), die nach den Wahlen auf Grundlage der Blockpolitik als Allparteienregierung gebildet wurde, vor große Probleme.<sup>61</sup> Nachdem der sächsische LDP-Vorsitzende Kastner bei Stellenbesetzungen eine stärkere Berücksichtigung des bürgerlichen Lagers gefordert und gegenüber der SMAS mit einer Aufkündigung der Blockpolitik gedroht hatte, kam ihm die SMAS entgegen. In diesem Zusammenhang wurde die LDP-Politikerin Ruth Fabisch zur Leiterin der LRS-Umsiedlerabteilung im Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge ernannt.<sup>62</sup>

Auch nach der Bildung der LRS steuerte und kontrollierte die SMAS in hohem Ausmaß Personalpolitik und Tätigkeit der deutschen Umsiedlerbürokratie.<sup>63</sup> Die SMAS drängte darauf, Vertriebenen Wohnraum und Arbeitsplätze zuzuweisen. Dabei setzte sie häufig auf Zwangsmaßnahmen und beschlagnahmte Wohnungen, um administrative Blockaden zu durchbrechen.<sup>64</sup>

---

<sup>60</sup> Statistischer Jahresbericht der ZVU 1947; BAP DO 1, B 10, Nr. 14, Bl. 93. Übersicht über die Zahl der Vertriebenen in Sachsen vom 30. September 1947; HStA Dresden, LRS, MdI 2646.

<sup>61</sup> Bericht über die Parteiarbeiterkonferenz im Land Sachsen vom 4./5. Juli 1946; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 952, Bl. 129-156. Schreiben Tjulpanovs über den Ausgang der Kreis- und Landtagswahlen in der SBZ, o. D.; AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 8, d. 14, Bl. 125-132. CREUZBERGER, Besatzungspolitik (wie Anm. 7), S. 115. KURZWEG, Vertriebenenpolitik (wie Anm. 1), S. 201-207. SCHMEITZNER/DONTH, Partei (wie Anm. 38), S. 258-272.

<sup>62</sup> Bericht Koenens über die Diskussionen im Block Anfang 1947; SAPMO-BA, ZPA, NY 4074/175. Aktennotiz Gäblers vom 15. April 1946. Telefonnotiz eines Anrufs vom 16. April 1947 von Kaufmann. Gesprächsnotiz Gäblers vom 16. April 1947. Schreiben Gäblers vom 17. April 1947 an Kloß. Schreiben Gäblers an Friedrichs vom 19. März 1947. Schreiben Friedrichs an Gäbler vom 28. März 1947; HStA Dresden, LRS, MdI Personalakte Ruth Fabisch, Kasten 65. Protokoll der Landesblocksitzung vom 25. März 1947; HStA Dresden, LRS, MP 497, Bl. 208-219 und SAPMO-BA, ZPA, NY 4074/175, Bl. 17-19. Schreiben Vatniks an Tjulpanov vom 4. Mai 1947; AVP RF, f. 0457b, op. 7, p. 16, d. 6, Bl. 91-99.

<sup>63</sup> Einsprüche Fabischs gegen einen von der SMAS verfügten Stellenabbau in einem Schreiben Fabischs an Gäbler vom 27. September 1947 und Anordnung der SMA vom 24. November 1947; HStA Dresden, LRS, MdI 2283 und MdI 2741, Bl. 142. Protokoll eines Telefonanrufs Wolodins vom 21. April 1947; HStA Dresden, LRS, MdI 2255. Protokoll vom 5. Mai 1947 der SMAS-Besprechung der LRS-Umsiedlerabteilung; HStA Dresden, LRS, MdI 2277. Rundschreiben Fabischs vom 11. Juni 1947; HStA Dresden, LRS, MdI 2735. Anweisung Nr. 0416 der SMAS-Abteilung für Kommandantendienst vom 6. Oktober 1947 an die LRS-Umsiedlerabteilung; HStA Dresden, LRS, MdI 2741. Protokolle von Besprechungen der LRS-Umsiedlerabteilung mit der SMAS 1947; HStA Dresden, LRS, MdI 2276, 2277, 2279, 2280, 2398, 2558, 2735 und 2741. Schreiben des Chefs der SMAS-Abteilung für Kommandantendienst an Friedrichs vom 23. Januar 1947; HStA Dresden, LRS, MdI 89.

<sup>64</sup> Bericht aus Pirna vom 7. Februar 1947; HStA Dresden, LRS, MASF 62, Bl. 111. Schreiben Fabischs an Gäbler vom 9. Oktober 1947; HStA Dresden, LRS, MdI 2283. Schreiben Wolodins an die Umsiedlerabteilung vom 29. September 1947; HStA Dresden, LRS, MdI 2726, Bl. 232. Befehl der SMAS-Abteilung für Kommandantendienst an den Ministerpräsidenten vom 27. Februar 1947; HStA Dresden, LRS, MdI 2277. Schreiben

Eine Verbesserung der Lebensbedingungen sollte dazu beitragen, den Einfluss der SED zu erhöhen und die Brisanz der Grenzfrage zu entschärfen. Deshalb befahl auch der Erste Stellvertretende Oberste Befehlshaber der SMAD, Generaloberst Kurotschkin, Ende Februar 1947, die Versorgung der Vertriebenen mit Wohnraum und Arbeitsplätzen in den Mittelpunkt der Tätigkeit von SMAD und ZVU zu rücken.<sup>65</sup>

Dies bedeutete jedoch kein Ende der administrativen Konflikte zwischen SMAD-Umsiedlerabteilung, ZVU und der Abteilung für Arbeit und Sozialpolitik des zentralen SED-Apparates. Auch in Sachsen gelang es trotz des machtpolitischen Gewichts der SMAD-Verwaltung für Kommandantendienst nicht, der sächsischen Umsiedlerbürokratie einen genauen, von anderen Behörden klar abgegrenzten Kompetenzbereich zuzuweisen.<sup>66</sup> Die LRS-Umsiedlerabteilung sah ihre Aufgabe als beendet an, wenn die Vertriebenen Arbeit und Wohnung erhalten hatten und damit per definitionem als „Neubürger“ galten.<sup>67</sup> Das ging wesentlich über den Aufgabenbereich hinaus, den der zuständige Minister für Arbeit und Sozialfürsorge, Walter Gäbler (SED), der LRS-Umsiedlerabteilung Ende März 1947 gegeben hatte.<sup>68</sup>

Spätestens ab 1948 hatten die Auseinandersetzungen im sowjetischen Machtapparat über Zuständigkeiten in Sicherheitsfragen auch Einfluss auf die der Vertriebenenpolitik in der SBZ: Die SMAD-Verwaltung für Innere Angelegenheiten baute ihre Stellung gegenüber anderen Apparaten aus und erhielt im April 1948 von der Verwaltung für Kommandantendienst die Umsiedlerabteilung.<sup>69</sup> Mitte

---

Dubrowskijs an Friedrichs vom 13. März 1947; HStA Dresden, LRS, Mdi 2587. Protokoll der Arbeitskonferenz der ZVU vom 17./18. Januar 1947; BAP DO 1, B 10, Nr. 31, Bl. 96-108. SCHWAB, Flüchtlinge (wie Anm. 1), S. 137-200. THÜSING/TISCHNER, „Umsiedler“ (wie Anm. 1), S. 333-392.

<sup>65</sup> Befehl Generaloberst Kurotschkins und des SMAD-Stabschefs Dratvin vom 2./3. April 1947; GARF, f. 7317, op. 8, d. 10, Bl. 140. Stellenpläne der ZVU vom 3. und 15. April 1947; BAP DO 1, B 10, Nr. 3, Bl. 123-129. Aktennotiz Chwalczyks vom 21. April 1947; BAP DO 1, B 10, Nr. 1, Bl. 73-78. WILLE, Zentralverwaltung (wie Anm. 7), S. 46. SCHWARTZ, Zusammenbruch (wie Anm. 22), S. 54. Bericht der SMAD-Umsiedlerabteilung über die Tätigkeit im ersten Quartal 1947; GARF, f. 7317, op. 9, d. 41, Bl. 345-349. „Stichwortartige Anhaltspunkte“ Daubs für einen Vortrag Anfang Januar 1947; SAPMO-BA, ZPA, NY 4243/16, Bl. 70. Schreiben Gäblers an Wolodin vom 28. April 1947; HStA Dresden, LRS, Mdi 2277.

<sup>66</sup> SCHWARTZ, Apparate (wie Anm. 33), S. 111. Protokoll der SMA-Besprechung vom 25. März 1947; HStA Dresden, LRS, Mdi 2741, Bl. 22. Protokoll der Hauptabteilungsleiterbesprechung im MASF vom 28. April 1947; HStA Dresden, LRS, Mdi 2282.

<sup>67</sup> Quartalsbericht der Hauptabteilung Umsiedler an die SMAS vom 8. Mai 1947; HStA Dresden, LRS, Mdi 2735, Bl. 137.

<sup>68</sup> Notizen Tänzers für die SMA-Besprechung vom 13. Mai 1947; HStA Dresden, LRS, Mdi 2735, Bl. 152.

<sup>69</sup> Tätigkeitsbericht der Umsiedlerabteilung der Verwaltung für Kommandantendienst für das 4. Quartal 1947 vom 7. Januar 1948; GARF, f. 7317, op. 9, d. 58, Bl. 50-62. Tätigkeitsbericht der Umsiedlerabteilung für das 2. Quartal 1948 vom 27. Juli 1948; ebd., Bl. 120-127. MÖLLER/TSCHUBARJAN, SMAD-Handbuch (wie Anm. 8), S. 436-446. VLADIMIR VLADIMIROVIC SACHAROV/DMITRIJ NIKOLAJEVIC FILIPPOVYCH/MANFRED HEINEMANN, Mate-

Mai 1948 arbeitete auch die SMAS-Umsiedlerabteilung in der SMAS-Abteilung für Innere Angelegenheiten.<sup>70</sup> Auf deutscher Seite führte dies zu einer Neustrukturierung und Erweiterung der Deutschen Verwaltung des Innern (DvDI).<sup>71</sup> Die 1948 zusätzlich bei SMAD und SMAS eingerichtete „Verwaltung für Zivilverwaltung“ überwachte auch die vertriebenenpolitische Tätigkeit der deutschen Behörden. So befassten sich erneut mehrere Abteilungen mit der Vertriebenenpolitik.<sup>72</sup>

Die ZVU wurde 1948 auf Weisung der SMAD zunächst der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) und dann der DvDI angegliedert und verlor dadurch auch den Status einer selbstständigen Zentralverwaltung.<sup>73</sup> Dass die SMAD mit der Neuordnung der SBZ-Umsiedlerbürokratie auch auf das Ende der Sonderverwaltungen für Vertriebenenfragen in den Westzonen reagierte, ist wahrscheinlich.<sup>74</sup>

Dies bedeutete jedoch keineswegs das Ende der SBZ-Vertriebenenpolitik. Gerade im Vorfeld der Wahlen und Abstimmungen von 1949 bis 1951 rückten die Belange dieser Bevölkerungsgruppe wieder verstärkt ins Blickfeld von Besatzungsmacht und SED. Zur Abwicklung weiterer Transporte und zur Bekämpfung eigenständiger Vertriebenenorganisationen zog die SMAD-Abteilung für Innere Angelegenheiten, bei der jetzt die Umsiedlerabteilung ressortierte, die ihr auf

---

rialien zur Geschichte der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland 1945–1949, Teil 2, Moskau 1999, S. 163.

<sup>70</sup> Geschichte der SMAS 1945–1948, Teil 2; GARF, f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 159 und 330. Geschichte der SMAS 1948–1949, Teil 3; GARF, f. 7212, op. 1, d. 3, Bl. 287.

<sup>71</sup> FOITZIK, SMAD (wie Anm. 8), S. 443.

<sup>72</sup> Aufgabenplan der Verwaltung vom 30. September 1948; GARF, f. 7317, op. 50, d. 21, Bl. 247–252. Geschichte der SMAS 1948–1949, Teil 3; GARF, f. 7212, op. 1, d. 3, Bl. 272. Geschichte der SMAS 1945–1948, Teil 1; GARF, f. 7212, op. 1, d. 1, Bl. 23. MÖLLER/TSCHUBARJAN, SMAD-Handbuch (wie Anm. 8), S. 462–464. JOHANNES RASCHKA, Kaderlenkung durch die Sowjetische Militäradministration in Sachsen, in: Rainer Behring/Mike Schmeitzner (Hg.), Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 22), Köln/Weimar/Wien 2003, S. 51–78.

<sup>73</sup> SCHWARTZ, Zusammenbruch (wie Anm. 22), S. 56–58. DERS., Apparate (wie Anm. 33), S. 114. Protokoll der Sitzung des ZS vom 9. Februar 1948; SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/2.1/171. Die Umsetzung dieses Beschlusses stellte die SED-Parteiführung allerdings bis April 1948 zurück. Hausmitteilung Merkers an Ulbricht vom 16. Februar 1948 und dessen Antwort vom 20. Februar 1948; SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/2.027/34, Bl. 180. Befehl Nr. 098 des SMAD-Oberkommandos vom 25./26. März 1948 über die Reorganisation der ZVU in eine Abteilung und deren Unterstellung unter die DvDI; GARF, f. 7317, op. 7, d. 71, Bl. 118.

<sup>74</sup> DONT, Vertriebene (wie Anm. 1), S. 256. Schreiben Engels an Generalmajor Gorochov vom 6. April 1948; BAP DO 1, B 10, Nr. 3, Bl. 236. Befehl Nr. 95 des SMAD-Stabschefs vom 22. Mai 1948; GARF, f. 7317, op. 8, d. 15, Bl. 208. Merkers Vorlage für das ZS vom 24. April 1948; SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/2.027/34, Bl. 214. SCHWARTZ, Apparate (wie Anm. 33), S. 115. Schreiben Vogts an die LRS-Umsiedlerabteilung vom 7. Mai 1948; HStA Dresden, LRS, MdI 2225.

deutscher Seite zugeordnete DVdI heran. Mit der Versorgung der Vertriebenen mit Wohnraum und Arbeitsplätzen befassten sich andere SMAD-Verwaltungen.<sup>75</sup>

Dieser Wechsel der Unterstellungsverhältnisse auf zentraler Ebene wurde in Sachsen nachvollzogen. Ende 1948 führte das Umsiedleramt in der Hauptabteilung des Innenministeriums „Allgemeine Verwaltung“ die Bezeichnung „Bevölkerungspolitik“ und setzte seine bisherige Tätigkeit unter anderer Etikettierung fort.<sup>76</sup> Trotz massiver Vorbehalte zahlreicher SED-Funktionäre behielt Fabisch ihre Leitungsfunktion.<sup>77</sup> Die SMAD zählte sie zu den „progressiven“ Politikern in der LDP, die, so die sowjetische Lesart, trotz ihrer Ablehnung der sozialen Veränderungen zumindest partiell mit der Besatzungsmacht zusammenarbeiteten, weil sie sich davon ökonomische Vorteile und Aufstiegschancen erhofften.<sup>78</sup>

Im Gegensatz zur ZVU fiel der Bedeutungsverlust der LRS-Umsiedlerabteilung 1948 auch deshalb nicht so gravierend aus, weil sich mit Olga Körner eine einflussreiche Politikerin im SED-Landesvorstand dem Bedeutungsverlust der Vertriebenenpolitik entgegenstellte und sich damit faktisch gegen zentrale Vorgaben ihrer Partei hinwegsetzte.

An der Aufnahme der Vertriebenen in Quarantänelagern hielt die sowjetische Besatzungsmacht bis zum Ende des Aufnahmeprozesses 1952 fest.<sup>79</sup> Mit der „politischen Betreuung“ in den Quarantänelagern sollten die Vertriebenen für die

---

<sup>75</sup> SCHWARTZ, Vertriebene (wie Anm. 5), S. 477-543.

<sup>76</sup> Schreiben Fabischs vom 21. Oktober 1948; HStA Dresden, LRS, MdI 2225. Schreiben der DVdI vom 29. November 1948 an die Hauptverwaltung Finanzen der DWK; BAP, MdI, B 8 örtliche Räte, Bl. 53. Auszugsweise Abschrift aus dem Geschäftsverteilungsplan für das Ministerium des Innern des Landes Sachsen, wahrscheinlich Ende 1948; HStA Dresden, LRS, MdI 2204.

<sup>77</sup> Protokoll der Sitzung des Sekretariats des SED-Landesvorstandes vom 13. September 1948; HStA Dresden, SED-BPA Dresden, A/783, Bl. 302. Zusammenstellung der DVdI vom 29. September 1948 der Selbstständigkeit, Leitung der Abteilungen und des Personals innerhalb der Umsiedlerämter in den Ländern; BAP DO 1, B 10, Nr. 1, Bl. 203 f.

<sup>78</sup> Schreiben General Russkichs an General Shikin vom 10. November 1948 über die Lage in der LDP; GARF, f. 7317, op. 3, d. 1, Bl. 212-218.

<sup>79</sup> Rechenschaftsbericht Sachsens auf der ZVU-Direktorenkonferenz am 28. Juli 1947; BAP DO 1, B 10, Nr. 31, Bl. 239. Aufstellung über Lager in Sachsen 1947; HStA Dresden, LRS, MdI 2216. SMAS-Befehle vom 7. Dezember 1946, 3. Juni 1947 und 25. November 1947; HStA Dresden, LRS, MdI 89 und 2557. Befehl Nr. 255 des Obersten Befehlshabers der SMAD vom 19. November 1947; GARF, f. 7317, op. 8, d. 13, Bl. 189 f. Tätigkeitsbericht der SMAD-Umsiedlerabteilung für das vierte Quartal 1947; GARF, f. 7317, op. 9, d. 58, Bl. 50-62. Befehle der SMAS und die Besprechungsprotokolle von Gesprächen mit der LRS-Umsiedlerabteilung in den Beständen HStA Dresden, LRS, MdI 2225, 2741, 2742 und HStA Dresden, LRS, MP 1004. SMAD-Befehl Nr. 189 vom 2. Dezember 1948 zum Abbau der Zahl der Quarantänelager in der SBZ; GARF, f. 7317, op. 8, d. 16, Bl. 111 f. Protokolle von Besprechungen der LRS-Umsiedlerabteilung mit der SMA; HStA Dresden, LRS, MdI 2735. Jahresberichte der LRS-Umsiedlerabteilung für 1948 und 1949; HStA Dresden, LRS, MdI 2751.

Politik der SED gewonnen und der Einfluss kirchlicher Organisationen und der CDU neutralisiert werden.<sup>80</sup>

Im Gegensatz zu zahlreichen sächsischen Kommunal- und Kreisverwaltungen, die auf das Reichsleistungsgesetz (RLG) und Zwangsmaßnahmen zurückgriffen, wandten sich Landesregierung und SED-Führung gegen Zwangsmittel, um bei der Unterbringung der Vertriebenen die Härten für die einheimische Kernbevölkerung so gering wie möglich zu halten.<sup>81</sup> Der Sächsische Landtag verabschiedete deshalb auch kein eigenes Flüchtlingsgesetz, weil die SED sich ihren Handlungsspielraum nicht durch gesetzliche Regelungen einschränken wollte, an denen die Vertriebenen die Bemühungen der Partei zur Verbesserung ihrer Lage messen könnten.<sup>82</sup> Mit der Einrichtung der auch vom Alliierten Kontrollrat geforderten

---

<sup>80</sup> Rundschreiben Burghards an alle Umsiedlerlager vom 11. April und 21. Oktober 1947; HStA Dresden, LRS, MdI 2320. Vorgänge über eine Anfrage der LDP vom Januar 1947 über ihre Mitarbeit bei der politischen Arbeit in Leipziger Umsiedlerlagern und in Görlitz; HStA Dresden, LRS, MdI 2374 und HStA Dresden, LRS, MASF 63. Schreiben der DFD-Vorsitzenden Emmy Koenen an die SMA vom 10. August 1947; SAPMO-BA, ZPA, DY 31/1264, Bl. 3. Übersicht über politische und kulturelle Veranstaltungen in sächsischen Umsiedlerlagern von Januar bis August 1947; BAP DO 1, B 10, Nr. 48, Bl. 116-118. Zusammenstellung der politischen Referate vom Dezember 1947; HStA Dresden, LRS, MdI 2397. Rundschreiben der Abteilung für Arbeit und Sozialpolitik des Landesvorstandes der SED an die Kreisvorstände vom 7. April 1948; HStA Dresden, LRS, MdI 2374. Anfang 1947 hatte sich die Caritas erfolglos für eine Betreuung kirchlicher Kinderheime aus Schlesien eingesetzt; Vorgang in HStA Dresden, LRS, MASF 923. Reaktionen auf eine Eingabe der Caritas vom September 1947; Schriftverkehr in HStA Dresden, LRS, MdI 2275, 2279, 2352 und 2558. Vorgänge bei der Umsiedlerwoche „Neue Heimat – Neues Leben“ 1948; HStA Dresden, LRS, MdI 2353. Schriftwechsel zwischen Hickmann und Gäbler und Burghard; HStA Dresden, LRS, MASF 25. Behinderung seelsorgerischer Tätigkeit in Umsiedlerlagern Anfang der Fünfzigerjahre; HStA Dresden, LRS, MdI 2307. ULRICH VON HEHL, Flüchtlinge, Vertriebene und die Kirchen, in: Flucht. Vertreibung. Integration, hrsg. von der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2006, S. 132-143. BIRGIT MITZSCHERLICH, Diktatur und Diaspora. Das Bistum Meißen 1932–1951 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 101), Paderborn/München/Wien/Zürich 2005, S. 386-388. THÜSING/TISCHNER, „Umsiedler“ (wie Anm. 1), S. 291-332. WOLFGANG TISCHNER, Katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945–1951 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 90), Paderborn/München/Wien/Zürich 2001, S. 385-433. SCHWARTZ, Vertriebene (wie Anm. 5), S. 544-571.

<sup>81</sup> Beispiele für Ortsgesetze aus Sachsen in BAP DO 1, B 10, Nr. 7. Schreiben Plenikowskis an Ulbricht und Fechner vom 29. November 1946 zur Neuregelung der Umsiedlerfrage durch die Landtage der Länder und Provinzen; BAP DO 1, B 10, Nr. 4, Bl. 114 f. Beschlussprotokoll vom 3. Dezember 1946 der ZS-Sitzung; SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/2.1/51. Aktennotiz Thieles (ZVU) vom 11. April 1947; BAP DO 1, B 10, Nr. 49. Schreiben Tänzers vom 2. Oktober 1947 an den Kreisrat Löbau und Stellungnahme des MASF zum Leistungsgesetz vom 29. Oktober 1947; HStA Dresden, LRS, MdI 769, Bl. 351 und 358. Rundschreiben der LRS-Umsiedlerabteilung an die Kreisräte vom 2. Oktober 1947; HStA Dresden, LRS, MP 1003, Bl. 117. Rundschreiben Gäblers und Fischers vom 18. November 1947 an die Ministerien der Landesregierung und die Stadt- und Landkreise; HStA Dresden, LRS, MdI 2283.

<sup>82</sup> Gesetz Nr. 18: Wohnungsgesetz, in: Arbeit und Sozialfürsorge. Amtliches Organ der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge der Sowjetischen Besatzungszone in

Wohnungsausschüsse versuchte die SED vor Ort, die bürgerlichen Parteien an den unbeliebten Einweisungen in Wohnungen Alteingesessener zu beteiligen. Im Landeswohnungsausschuss, dem keine Vertriebenen angehörten, verfügte die SED über eine sichere Mehrheit.<sup>83</sup> Zentrale Vorgaben zur Zusammensetzung der Wohnungsausschüsse beschränkten den Anteil Vertriebener auf unter 50 Prozent, sodass Vertreter der Kernbevölkerung immer über eine Mehrheit verfügten.<sup>84</sup> 1949 lebten etwa 50 Prozent der Vertriebenen in einer eigenen Wohnung, die anderen wohnten zur Untermiete oder in Lagern und Massenquartieren.<sup>85</sup> Seit 1947 hatte sich die Situation jedoch nur graduell verbessert. Eine Annäherung an den Lebensstandard der Kernbevölkerung war für die Mehrzahl der Vertriebenen nur langfristig zu erwarten.<sup>86</sup>

Die Eingliederung Vertriebener in den sächsischen Arbeitsmarkt wurde durch den großen Arbeitskräftebedarf von über 200.000 Personen erleichtert. Etwa die Hälfte der neu geschaffenen Stellen entfiel auf Vertriebene. Das Industrieland Sachsen mit seinem hohen Arbeitskräftebedarf bot zunächst insbesondere für Facharbeiter günstigere Voraussetzungen als vorwiegend agrarisch geprägte Regionen. Als Hemmnis erwies sich, dass die berufliche Qualifikation der Vertriebenen vielfach nicht den Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprach.<sup>87</sup> Generell ist festzuhalten, dass SMAD, SED und deutsche Verwaltung gesonderte Programme für Vertriebene vermieden. Eine „Sonderstellung“ dieser Bevölkerungs-

---

Deutschland 1946, S. 360-365. Durchführungsverordnung zum Gesetz Nr. 18 der Alliierten Kontrollbehörde – Kontrollrat – (Wohnungsgesetz) vom 27. Juli 1946, in: ebd., S. 436-441.

<sup>83</sup> Ihm gehörten je ein Landtagsabgeordneter von SED, CDU und LDP, Vertreter von FDGB, VVN und Volkssolidarität sowie Mitarbeiter der Umsiedlerabteilung und der Abteilung Wohnungswesen des MASF an. Aktennotiz vom 10. März 1948 zur Bildung des Landeswohnungsausschusses; HStA Dresden, LRS, MASF 75, Bl. 28. Bericht über die Wohnungsausschusssitzung vom 3. April 1948; HStA Dresden, LRS, Mdi 2588.

<sup>84</sup> Materialien der Direktorenkonferenz der ZVU in Eisenach vom 16. Juni 1947, hier das Protokoll der Kommissionssitzung II „Wohnung“; BAP DO 1, B 10, Nr. 31, Bl. 174-193.

<sup>85</sup> Umsiedlerbetreuung in Sachsen vom 5. November 1949; SAPMO-BA, ZPA, NY 4074/146, Bl. 13-17.

<sup>86</sup> Bericht über die Lage der Umsiedler von 1949; HStA Dresden, LRS, Mdi 2746. Vertriebene verfügten mit durchschnittlich 5,6 Quadratmetern Wohnfläche pro Person über weniger Wohnraum als die alteingesessene Bevölkerung, bei der durchschnittlich 9,2 Quadratmeter pro Person gezählt wurden. Entwurf einer Denkschrift der DWK vom 1. Juli 1949 zum Stand der Einbürgerung der Umsiedler in der SBZ. Stellungnahme der Abteilung Wirtschaftspolitik des ZS vom 5. September 1949 zur Frage der Gewährung von Teilzahlungskrediten an Umsiedler; SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/13/388. Ausarbeitung Edels vom 17. April 1952 „Aufgaben der Wohnraumlengung 1952“; HStA Dresden, LRS, Mdi 2200. Protokoll der Sitzung des Landeswohnungsausschusses vom 8. Februar 1952; HStA Dresden, LRS, Mdi 2199. THER, Vertriebene (wie Anm. 3), S. 208.

<sup>87</sup> ALEXANDER VON PLATO/WOLFGANG MEINICKE, Alte Heimat – neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und in der DDR, Berlin 1991, S. 65-67.

gruppe sollte gar nicht erst entstehen.<sup>88</sup> Dennoch hatten die Vertriebenen einen wesentlichen Anteil am Wandel der sächsischen Wirtschaftsstrukturen nach 1945. Ohne die Nutzung ihrer Arbeitskraft hätten sich der Ausbau des Uranbergbaus für das sowjetische Atombombenprojekt – bei der „Wismut“ waren zehn Prozent der Belegschaft Vertriebene – und des Kohlebergbaus sowie die Produktionssteigerung in der Textilindustrie langsamer vollzogen.<sup>89</sup>

Dagegen spielte die Bodenreform in Sachsen in vertriebenenpolitischer Hinsicht nur eine untergeordnete Rolle.<sup>90</sup> Anfang Oktober 1947 hatten Vertriebene 7.400 Neubauernstellen (durchschnittliche Betriebsgröße 6,7 Hektar) mit insgesamt 50.000 Hektar Land erhalten. Diese Werte änderten sich bis zum Beginn der Fünfzigerjahre nur geringfügig, als Vertriebene etwa 23 Prozent der Neubauernstellen und 37 Prozent des verteilten Landes bewirtschafteten.<sup>91</sup> Darüber hinaus waren elf Prozent der im Zuge der Bodenreform verteilten Gebäude und 15 Prozent der Wohnungen im Besitz von Vertriebenen. Die Mehrzahl dieser Vermögenswerte ging dagegen an einheimische Neubauern.<sup>92</sup> Damit profitierten in

---

<sup>88</sup> DIERK HOFFMANN, Vertriebenenintegration durch Arbeitsmarktleitung? Zur Beschäftigungspolitik der SBZ/DDR (1945–1950), in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hg.), *Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 1999, S. 173–192.

<sup>89</sup> ANDRE STEINER, *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, München 2004, S. 22 f. DIERK HOFFMANN, *Die DDR unter Ulbricht. Gewaltsame Neuordnung und gescheiterte Modernisierung*, Zürich 2003, S. 184–188. GERD R. HACKENBERG, *Wirtschaftlicher Wiederaufbau in Sachsen 1945–1949/50*, Köln 2000, S. 182–205 und 315–326. WINFRIED HALDER, „Modell für Deutschland“. *Wirtschaftspolitik in Sachsen 1945–1948*, Paderborn 2001. MÖLLER/TSCHUBARJAN, *SMAD-Handbuch* (wie Anm. 8), S. 396–406. MARTINA PIETSCH, *Wirtschaftsfaktor Vertriebene. Arbeitskräftelenkung und Vertriebenenansiedlung in Sachsen 1945–1947*, in: Rainer Aurich/Steffen Herzog/Simone Lässig (Hg.), *Landesgeschichte in Sachsen. Tradition und Innovation*, Dresden 1997, S. 169–185. SCHWAB, *Flüchtlinge* (wie Anm. 1), S. 194–200. THÜSING/TISCHNER, „Umsiedler“ (wie Anm. 1), S. 333–392. RAINER KARLSCH, *Uran für Moskau. Die Wismut – eine populäre Geschichte*, Bonn 2007, S. 66. RAINER KARLSCH/ZBYNEK ZEMAN, *Urangeheimnisse. Das Erzgebirge im Brennpunkt der Weltpolitik 1933–1960*, Berlin 2003, S. 165–174. DAVID HOLLOWAY, *Stalin and the bomb. The soviet union and atomic energy 1939–1956*, New Haven/London 1994, S. 176 f.

<sup>90</sup> Bericht der LRS-Umsiedlerabteilung an die SMAS vom 23. Juli 1947; HStA Dresden, LRS, MdI 2275. Angaben Fabischs vom 28. Juli 1947 auf der ZVU-Direktorenkonferenz; HStA Dresden, LRS, MdI 2207.

<sup>91</sup> Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Teil 1; GARF, f. 7212, op. 1, d. 1, Bl. 378. Jahresbericht 1948 der LRS-Umsiedlerabteilung; HStA Dresden, LRS, MdI 2751. Schreiben der Abteilung Landwirtschaft der SED-Landesleitung an die SKK Sachsen vom 6. Februar 1951; HStA Dresden, SED-BPA Dresden, A/020.

<sup>92</sup> Material „Stand der Bodenreform im Land Sachsen“ der ZS-Landwirtschaftsabteilung vom 14. Juli 1947; SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/7/142. ARND BAUERKÄMPER (Hg.), *„Junkerland in Bauernhand“? Durchführung, Ausführung und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone* (Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft, Beiheft 20), Stuttgart 1996. DERS., *Die vorgetäuschte Integration. Die Auswirkungen der Bodenreform und Flüchtlingssiedlung auf die berufliche Eingliederung von Vertriebenen in die Landwirtschaft in Deutschland 1945–1960*, in: Dierk Hoffmann/

Sachsen bei Einrechnung der Familienangehörigen lediglich etwa 38.000 Vertriebene von der Bodenreform – in Mecklenburg und Brandenburg hatte sie eine wesentlich größere vertriebenenpolitische Bedeutung.<sup>93</sup>

Der große Anteil alter Menschen oder alleinerziehender Mütter unter den Vertriebenen in Sachsen führte zu einer hohen Belastung des Sozialtats. Anfang 1947 betrug der Anteil der Fürsorgeempfänger unter den Vertriebenen 18 Prozent (etwa 155.000). Bei der Kernbevölkerung lag er dagegen nur bei 6,5 Prozent. Etwa die Hälfte der Hilfsbedürftigen in Sachsen waren Vertriebene.<sup>94</sup> Eine Analyse des sächsischen Haushaltes 1947/48 belegt die Dimension ihrer Unterstützung. Insgesamt standen 2,62 Milliarden Mark zur Verfügung. Davon beanspruchte die Besatzungsmacht 1,65 Milliarden (62,8 Prozent) für Reparationen und andere Leistungen. Von den verbliebenen 975 Millionen Mark (32,2 Prozent) gab die Landesregierung ein Drittel (etwa 308 Millionen Mark) für soziale Unterstützung aus, davon allein 74 Millionen Mark für Vertriebene.<sup>95</sup>

Die SMAD drängte deshalb auf eine rasche Eingliederung arbeitsfähiger Fürsorgeempfänger in den Arbeitsmarkt und auf eine Kürzung der Ausgaben für die Sozialfürsorge.<sup>96</sup> Trotzdem lag 1949 in Sachsen der Anteil Vertriebener immer noch bei ca. 44 Prozent der Hilfsbedürftigen. Noch im April 1950 galten 14 Pro-

---

Michael Schwartz (Hg.), *Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 1999, S. 193-214.

<sup>93</sup> Aufstellung der ZS-Abteilung Landespolitik vom Oktober 1948 mit dem Stand vom Oktober 1947; SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/5/243. Angaben des Statistischen Berichts der ZVU für 1947; BAP DO 1, B 10, Nr. 14, Bl. 121.

<sup>94</sup> SCHWAB, *Flüchtlinge* (wie Anm. 1), S. 201-206. Schreiben des DVAS-Präsidenten Brack an Engel vom 31. März 1947; BAP DO 1, B 10, Nr. 85, Bl. 49-52. Sammelbericht Umsiedler für den Berichtsmont März 1947; HStA Dresden, LRS, MASF 918, Bl. 102-105. Vermerk der LRS-Umsiedlerabteilung vom 26. März 1947 „Material über die durchgeführte Maßnahme der Unterbringung der 265.000 Ostumsiedler im Land Sachsen“; HStA Dresden, LRS, MASF 25, Bl. 71-73.

<sup>95</sup> Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Teil 1; GARF, f. 7212, op. 1, d. 1, Bl. 537.

<sup>96</sup> DIERK HOFFMANN, *Sozialpolitische Neuordnung in der SBZ/DDR. Der Umbau der Sozialversicherung 1945–1956* (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 47), München 1996, S. 160-162. MARCEL BOLDORF, *Die Vertriebenen als Klientel der Sozialfürsorge in der SBZ/DDR (1945–1949)*, in: Manfred Wille (Hg.), *50 Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Westzonen/Bundesrepublik und der SBZ/DDR*, Magdeburg 1996, S. 296-304. Protokoll der Sitzung des SED-Landesvorstandes vom 11. März 1948; HStA Dresden, SED-BPA Dresden, A/761/1. Ausarbeitung Chwalczyks vom 8. November 1948 „Weiterführung des Assimilationsprozesses der Umsiedler“; SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/5/243. Protokoll vom 17./18. September 1948 der Versammlung des Sozialpolitischen Beirats beim ZS; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 548. MARCEL BOLDORF, *Fürsorgeunterstützung in Deutschland unter dem Einfluss der Zwangsmigrationen der Nachkriegszeit (1945–1952)*, in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hg.), *Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 1999, S. 233-246.

zent der Vertriebenen als alt und gebrechlich.<sup>97</sup> Die damit verbundenen Unterstützungsleistungen fanden ihren Niederschlag im sächsischen Haushalt 1948/49, der sich nach Kürzungen durch die Besatzungsmacht auf 2,53 Milliarden Mark belief. Davon gingen 1,32 Milliarden an die Besatzungsmacht, während 1,2 Milliarden (47,7 Prozent) für Sachsen übrig blieben. Die Mittel für soziale Unterstützung wurden um 100 Millionen gekürzt, sodass dafür nur noch 209 Millionen Mark (17,4 Prozent des Haushaltes) zur Verfügung standen.<sup>98</sup> Tatsächlich lagen die Ausgaben für Soziales 1948 bei 199 Millionen; 1949 waren nur noch 118 Millionen vorgesehen, während die Zahlungen an die Besatzungsmacht aus dem Landeshaushalt wieder einen Anteil von 65,7 Prozent erreichten.<sup>99</sup> Der jährliche Aufwand für die Fürsorgeunterstützung für Vertriebene belief sich 1949 auf etwa 34 Millionen Mark und damit immer noch auf fast 30 Prozent des Sozialtats.<sup>100</sup> Die rigoros betriebene Politik der Eingliederung von Unterstützungsempfängern in den Arbeitsmarkt führte erst in den Fünfzigerjahren zu sinkenden Zahlungen der Sozialkassen. In der DDR boten sich dann später für Vertriebene zahlreiche Aufstiegschancen, die vor allem junge Menschen beispielsweise im Bildungswesen nutzten.<sup>101</sup>

Das rigorose Vorgehen von Besatzungsmacht und sächsischen Behörden u. a. bei der Rekrutierung von Arbeitskräften für die Wismut trug dazu bei, dass zahlreiche arbeitsfähige Vertriebene Sachsen verließen und entweder in andere Teile der SBZ oder in die Westzonen weiterzogen.<sup>102</sup> Der Rückgang der „Umsiedlerzahlen“ in der gesamten SBZ von 1946 bis 1948 um etwa 844.000 ist in erster Linie auf die Weiterwanderung in die westlichen Besatzungszonen zurückzuführen.<sup>103</sup>

<sup>97</sup> Protokoll einer SMA-Besprechung des LAA vom 17. April 1950; HStA Dresden, LRS, MASF 419.

<sup>98</sup> Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Teil 1; GARF, f. 7212, op. 1, d. 1, Bl. 537.

<sup>99</sup> Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1948–1949; GARF, f. 7212, op. 1, d. 3, Bl. 185.

<sup>100</sup> Schreiben der LRS-Abteilung Sozialfürsorge und Sozialversicherung an das Ministerbüro vom 19. Oktober 1949; HStA Dresden, LRS, MASF 28, Bl. 28.

<sup>101</sup> BOLDORF, Fürsorgeunterstützung (wie Anm. 96), S. 244. HEIKE AMOS, Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte), München 2009. MICHAEL PARAK, Integration durch Bildung? „Umsiedlerstudenten“ und „Umsiedlerkinder“ in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR (Gesprächskreis Geschichte, Bd. 77), Bonn 2007.

<sup>102</sup> Bericht des LAA vom Dezember 1947 zu Umsiedlern; HStA Dresden, LRS, MASF 426. Jahresbericht 1949 der LRS-Umsiedlerabteilung vom 11. Januar 1950; HStA Dresden, LRS, MdI 2751. THER, Vertriebene (wie Anm. 3), S. 270 f.

<sup>103</sup> HELGE HEIDEMEYER, Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/46–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 100), Düsseldorf 1994, S. 42 f. Memorandum Büttners vom 16. Juli 1949 zur Denkschrift über das Umsiedlerproblem; BAP DO 1, B 10, Nr. 49, Bl. 258. Tätigkeitsbericht der LRS-Umsiedlerabteilung vom 9. Juni 1948 an die Ressortverwaltung des MASF; HStA Dresden, LRS, MdI 2725. BOLDORF, Fürsorgeunterstützung (wie Anm. 96), S. 239. PLATO/MEINCKE, Alte Heimat (wie Anm. 87), S. 91.

*V. Weichenstellungen der SMAD bei vertriebenenpolitischen Konflikten  
in der SED ab 1947*

Neben der Bereitstellung von Wohnraum und Arbeitsplätzen für die Vertriebenen hatte die SMAD die SED zu einer Partei umzuformen, die vertriebenenpolitische Vorgaben wie beispielsweise die Oder-Neiße-Linie bedingungslos vertrat. Die SMAD verfügte über vielfältige Informationen, nach denen die SED 1947 diesem Anspruch nicht gerecht wurde. Ihr Verhältnis zur Bevölkerung und zu den Vertriebenen hatte sich weiter verschlechtert. Innerhalb der SED beobachtete die Besatzungsmacht sogar eine wachsende „Fraktionstätigkeit der Sozialdemokraten“, die die Oder-Neiße-Grenze kritisierten.<sup>104</sup>

Daraufhin verlangte Tjulpanov von der SMAS-Informationsabteilung, die gravierendsten Mängel in der Vertriebenenpolitik der sächsischen SED-Führung schnellstmöglich zu beseitigen. Aus seiner Sicht bildeten die ablehnende Haltung der alteingesessenen Bevölkerung gegenüber den Neuankömmlingen sowie deren schlechte materielle Lage einen idealen Nährboden für „faschistische Propaganda“, wie die besonders „populären“ Losungen zeigten, die die Rückgabe der Ostgebiete und die Rückkehr in die alte Heimat forderten. Der Leiter der SMAS-Informationsabteilung, Oberstleutnant Vatnik, sollte der sächsischen SED-Führung „empfehlen“, die Umsiedler endlich als eine „Frage von gewaltiger politischer Bedeutung“ zu erkennen, und dafür sorgen, dass sich die Partei für bessere Wohnverhältnisse und ausreichend Arbeitsplätze einsetzt. Zudem müsste stärker gegen bestehende Vertriebenenorganisationen und Heimatabende eingeschritten werden.<sup>105</sup> Ein gemeinsamer Befehl der SMAD-Verwaltung für Kommandantendienst und der Informationsverwaltung vom 7. August 1947 zur Umsiedlerarbeit in den Ländern kritisierte, dass sich trotz früherer Weisungen die SED immer noch nicht ausreichend mit dem Problem befasse. Jetzt sollte die Partei mit

---

<sup>104</sup> Memorandum Tjulpanovs vom 21. November 1946 über die Reaktion der deutschen Bevölkerung auf das Interview Stalins; AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 8, d. 14, Bl. 199-207. Bericht eines namentlich nicht genannten sächsischen SED-Funktionärs. Bulletin für internationale und innerdeutsche Information Nr. 88/92 vom 16. Dezember 1946; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 159, Bl. 144-153. Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948); GARF, f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 47 f. Bericht Tjulpanovs vom 30. Dezember 1946 über die innerparteiliche Lage der SED an Sokolovskij, Kurotschkin, Dratvin, Ponomarev, Panjuschkij, Burzev und Shikin; AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 8, d. 14, Bl. 196-198. Abschnitt „Formen und Methoden der Arbeit der Mitarbeiter der Informationsabteilung“. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Bd. 2; AVP RF, f. 0457g, op. 1, p. 19, d. 67, Bl. 156-160. SCHMEITZNER/DONTH, Partei (wie Anm. 38), S. 273-408.

<sup>105</sup> Schreiben Tjulpanovs an Vatnik vom 4. April 1947; AVP RF, f. 0457b, op. 7, p. 16, d. 6, Bl. 1-2. Aktennotiz der ZS-Abteilung für Arbeit und Sozialfürsorge vom 3. April 1947 an Merker; SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/2.027/34, Bl. 32 f. SCHWARTZ, Zusammenbruch (wie Anm. 22), S. 81-83.

der „allseitigen Hilfe“ der Besatzungsmacht ihre Propaganda verbessern, um die Vertriebenen stärker in das Wirtschaftsleben einzugliedern.<sup>106</sup>

Das von Tjulpanov geforderte enge Zusammenwirken ökonomischer und politischer Maßnahmen scheiterte in Sachsen und auch in den anderen Ländern der SBZ oft am unkoordinierten Nebeneinander von wirtschaftlichen und „politischen“ SMAD-Verwaltungen.<sup>107</sup> An der SED-Parteibasis konstatierte die Besatzungsmacht weiterhin ambivalente Positionen in der Vertriebenenpolitik.<sup>108</sup>

Gradmesser des Rückhalts der SED bei den Vertriebenen war deren Mitgliedschaft in der Partei. Zwischen den Ländern der SBZ bestanden dabei beträchtliche Unterschiede. In Mecklenburg waren Ende Oktober 1947 unter den 200.683 SED-Mitgliedern 53.480 Vertriebene (ca. 25 Prozent), während der sächsische SED-Landesvorstand von wesentlich niedrigeren Werten ausging.<sup>109</sup> Angaben von Ende 1947 über die Zahl von SED-Mitgliedern aus den Reihen der Vertriebenen in 13 sächsischen Kreisen zeigen, dass nur drei Prozent der Partei angehörten, während ca. zehn Prozent der Gesamtbevölkerung in Sachsen Mitglied der SED waren.<sup>110</sup> Vertriebene bildeten in der SED lange eine Sondergruppe und wurden nicht vollständig in die Partei integriert.<sup>111</sup> Das betraf auch die 40.000 bis 50.000 ehemaligen Mitglieder (einschließlich Angehörige) der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei, die sogenannten Antifa-

---

<sup>106</sup> Gemeinsamer Befehl Tjulpanovs und des Stellvertretenden Stabschefs der SMAD und Chefs der Verwaltung für Kommandantendienst, Generalmajor Gorochov, vom 7. August 1947 an die Chefs der Informationsabteilungen und Abteilungen für Kommandantendienst der Länder-SMA und der Kommandantur Berlin; AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 16, d. 7, Bl. 262 f. Befehl Nr. 0317 vom 10. September 1947 des Obersten Befehlshabers der SMAD. Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948); GARF, f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 267-269.

<sup>107</sup> Schreiben Dubrovskijs an Sokolovskij vom 31. Mai 1947; AVP RF, f. 0457b, op. 7, p. 16, d. 6, Bl. 135-141. Bericht Tjulpanovs vom 9. Juni 1947 über eine Zusammenkunft in der Informationsverwaltung mit den Chefs der Informationsabteilungen der Länder am 3. Juni 1947; AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 10, Bl. 244-253.

<sup>108</sup> Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948); GARF, f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 52-54. Bericht von der Instrukteursfahrt nach Sachsen vom 6.–10. Oktober 1947; SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/17/54, Bl. 218. Bericht der Informationsabteilung der SMAS über die Arbeit im 4. Quartal 1947 vom 10. Januar 1948; AVP RF, f. 0457b, op. 6, p. 34, d. 15, Bl. 4-49.

<sup>109</sup> Auskunftsbericht über die Umsiedler vom 30. Oktober 1947; AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 9, Bl. 160-164. Protokoll der Sekretariatssitzung vom 19. Mai 1947; HStA Dresden, SED-BPA Dresden, A/779, Bl. 224.

<sup>110</sup> Berichtsbögen der SED-Kreisorganisationen von Oschatz, Weißwasser, Löbau, Kamenz, Großenhain, Görlitz, Dresden, Chemnitz, Meißen, Pirna, Döbeln, Borna und Dippoldiswalde; HStA Dresden, SED-BPA Dresden, A/985. Statistischer Jahresbericht der ZVU vom Januar 1948; BAP DO 1-10, Nr. 14, Bl. 93. Sachsen hatte zu diesem Zeitpunkt etwa 5,8 Millionen Einwohner, darunter eine Million Vertriebene und 588.100 SED-Mitglieder.

<sup>111</sup> Protokoll der SED-Landesvorstandssitzung vom 9. Juli 1947; HStA Dresden, SED-BPA Dresden, A/759, Bl. 98.

Umsiedler, von denen etwa 5.000 in Sachsen blieben und die in der Mehrzahl nachrangige Posten im Partei- und Verwaltungsapparat bekleideten.<sup>112</sup>

Besonders im Vorfeld von Wahlen und Abstimmungen musste die SMAD die geringen Erfolge ihrer Vertriebenenpolitik konstatieren. Bei den als Reaktion auf die Staatsgründung im Westen erstmalig mit einer Einheitsliste abgehaltenen Delegiertenwahlen zum 3. Deutschen Volkskongress (15./16. Mai 1949) versuchte die SMAD ein ihr genehmes Ergebnis sicherzustellen und intensivierte deshalb auch ihre Vertriebenenpolitik. Dazu sollten die Kirchen stärker kontrolliert, deren Einfluss auf Vertriebene begrenzt und die Bildung von Landsmannschaften verhindert werden. Zudem zensierte die SMAS die Reden zahlreicher leitender sächsischer SED-Funktionäre.<sup>113</sup> Der SMAD-Apparat versuchte, die Tätigkeit der wirtschaftlichen und politischen Verwaltungen besser zu koordinieren.<sup>114</sup> Das

---

<sup>112</sup> Schreiben Mildners an die LRS-Umsiedlerabteilung vom 18. Dezember 1946; HStA Dresden, LRS, MdI 2390. Aufstellung der Antifa-Umsiedler, die bis Ende 1947 in die SBZ kamen; SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/11/225, Bl. 39. Schreiben Franz Dahlems an die ZS-Abteilung für Personalpolitik vom 19. Mai 1947; SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/11/226, Bl. 78. „Verzeichnis der antifaschistischen Umsiedler aus der Tschechoslowakei, die hier bereits in Partei und Verwaltung eingebaut sind“ der SED-Landesleitung von Anfang 1947; HStA Dresden, LRS, MdI 2389.

<sup>113</sup> BRAUN, Wahlen (wie Anm. 53), S. 390-392. Schreiben des Chefs der SMAD-Verwaltung für Innere Angelegenheiten an den Stellvertreter des Politischen Beraters vom 25. April 1949 und vom 3. Mai 1949 an Semenow; AVP RF, f. 0457a, op. 7, p. 37, d. 4, Bl. 94 und Bl. 122-124. Schreiben der SED-Landesleitung an das ZK vom 26. März 1949; BAP DO 1, B 10, Nr. 86. Bericht der SMAS-Informationsabteilung an Tjulpanov vom 28. Februar 1949 über die Kreispartei Konferenzen der SED; AVP RF, f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 102-109. Protokoll der Sekretariatsitzung vom 9. Mai 1949; HStA Dresden, SED-BPA Dresden, A/786. Anweisung Tjulpanovs vom 8. Februar 1949 an die Informationsabteilungen der Länder; AVP RF, f. 0457b, op. 9, p. 58, d. 30, Bl. 19-21. Ausführungen Weidauers vor dem SED-Landesvorstand am 30. Dezember 1949; HStA Dresden, SED-BPA Dresden, A/769, Bl. 308. Schreiben des DVdI-Präsidenten vom 21. März 1949 an den sächsischen Innenminister; HStA Dresden, LRS, MdI 277. TISCHNER, Katholische Kirche in der SBZ/DDR (wie Anm. 80), S. 209-218. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1948-1949, Dresden 1949; GARF, f. 7212, op. 1, d. 3, Bl. 207. Bericht der SMAS über Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum 3. Volkskongress an Tjulpanov vom 7. September 1949; AVP RF, f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 267-391. SCHMEITZNER/DONTH, Partei (wie Anm. 38), S. 498-500.

<sup>114</sup> Ausführungen Dubrovskijs auf der Versammlung vom 9. März 1949 des SMAD-Parteiaktivs; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 682, Bl. 88. Materialien zur Geschichte der SMAS 1948-1949, Dresden 1949; GARF, f. 7212, op. 1, d. 3, Bl. 236. Bericht der SMAS-Informationsabteilung an Tjulpanov vom 21. Juli 1949 über die Tätigkeit im ersten Halbjahr 1949; AVP RF, f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 156-255. Bericht der Abteilung für Zivilverwaltung der SMAS an die SMAD-Verwaltung für Zivilverwaltung vom 13. April 1949; GARF, f. 7212, op. 1, d. 263, Bl. 101-113. Undatierte Vorlage des Politbüros an den SED-Parteivorstand; SAPMO-BA, ZPA, DY 34/31/453/3880. Vorlage „Maßnahmen, die es den Umsiedlern erleichtern, sich rascher einzuleben“ vom 5. Mai 1949 sowie Beschluss des Kleinen Sekretariats vom 23. Mai 1949 „Maßnahmen im Interesse der Umsiedler“; SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/13/388. Bericht Tjulpanovs vom 18. Juli 1948 an Russkich über die Tätigkeit der SMAD-Informationsverwaltung im 1. Halbjahr 1949; AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 12, Bl. 125-146, insbes. Bl. 134.

sächsische Ergebnis mit nur 62,3 Prozent Zustimmung lag bei den 37,7 Prozent Nein-Stimmen über dem SBZ-Durchschnitt von 34,2 Prozent Ablehnung. Bei der Auswertung der Wahlergebnisse durch die SMAS nahm die Wahlentscheidung der Vertriebenen breiten Raum ein. Demnach tendierte diese Bevölkerungsgruppe mehrheitlich zur CDU, die in den Augen der Sowjets durch ihre Position in der Grenzfrage die hohe Zahl von Nein-Stimmen zu verantworten hatte. Selbstkritisch räumte die SMAS ein, sie habe die Wirkung der „feindlichen Propaganda“ falsch eingeschätzt und die Umsetzung von Anweisungen an die SED zur Verbesserung der Lage der Vertriebenen unzureichend kontrolliert. Daraufhin reagierte die Besatzungsmacht intern mit personellen Konsequenzen, verstärkte ihre Anstrengungen zur Anhebung des Lebensstandards der Vertriebenen und forcierte ihr Vorgehen gegen Funktionäre und Mitglieder der bürgerlichen Parteien, die sich kritisch zur Oder-Neiße-Grenze geäußert oder vertriebenenpolitisch engagiert hatten.<sup>115</sup>

Die Situation der Vertriebenen in Sachsen blieb bis in die Fünfzigerjahre hinein weitaus schlechter als die der Kernbevölkerung. Die Unterprivilegierung der „Umsiedler“ insbesondere im Hinblick auf Wohnraum und Arbeitsplätze konnte auch durch das Umsiedlergesetz von 1950 nicht aufgebrochen werden.<sup>116</sup>

## *VI. Zusammenfassung*

Alle bedeutenden Entscheidungen zur Eingliederung der Vertriebenen traf die sowjetische Besatzungsmacht. Zu den Konstanten ihrer Vertriebenenpolitik gehörte, dass sie von der Endgültigkeit der deutschen Gebietsverluste im Osten und der Oder-Neiße-Grenze ausging. Deshalb waren die Vertriebenen dauerhaft anzusiedeln. Darunter verstand die SMAD die Bereitstellung von Wohnraum und Arbeitsplätzen – mithin eine weitgehende soziale Gleichstellung von Vertriebenen und einheimischer Bevölkerung. Ein eigenständiges Sonderbewusstsein der Vertriebenen galt als Hemmnis für die Eingliederung und wurde entschieden bekämpft.

Im Apparat der Besatzungsmacht konkurrierten mehrere Abteilungen um die administrative Zuständigkeit. Die SMAD-Umsiedlerabteilung betrieb die Eingliederung der Vertriebenen unter vorwiegend sicherheitspolitischen Aspekten, während die SMAD-Abteilung für Arbeitskräfte sie in erster Linie als Arbeitskräfte-

---

<sup>115</sup> GÜNTER BRAUN, Die Delegiertenwahlen zum 3. Deutschen Volkskongress, in: Elke Scherstjanoi (Hg.), Provisorium für längstens ein Jahr. Protokoll des Kolloquiums „Die Gründung der DDR“, September 1991, Berlin 1993, S. 362-368. Memorandum Tjulpanovs über die politische Lage in der SBZ im Mai 1949 vom 7. Juni 1949; AVP RF, f. 0457b, op. 9, p. 54, d. 15, Bl. 87-98. Schreiben der Zivilverwaltungsabteilung der SMAS an die vorgeetzte Dienststelle in der SMAD vom 24. Mai 1949 über die Ergebnisse der Volkskongresswahlen; GARF, f. 7212, op. 1, d. 263, Bl. 118-120.

<sup>116</sup> SCHWAB, Flüchtlinge (wie Anm. 1), S. 247-262. SCHWARTZ, Vertriebene (wie Anm. 5), S. 973-1115.

reservoir für die extensiv arbeitende sächsische Nachkriegswirtschaft sah. Eine Verbindung von sicherheits-, wirtschafts- und sozialpolitischen Aspekten kennzeichnete dagegen die Politik der SMAD-Propaganda-/Informationsverwaltung, die versuchte, die Vertriebenen mittels einer gezielten Verbesserung ihrer Lebenslage zuerst politisch zu neutralisieren, um sie danach zumindest partiell für eine Unterstützung der SED-Politik zu gewinnen. Eine Gesamtkoordination der mit Vertriebenenpolitik befassten SMAD-Abteilungen ist bis zum Ende der Staatlichkeit Sachsens 1952 nicht erkennbar.

Zur Umsetzung der Vorgaben von SMAD und SMAS durch die deutsche Verwaltung entstanden die ZVU und die LVS/LRS-Umsiedlerabteilung, deren Tätigkeit die Besatzungsmacht steuerte und kontrollierte. Auf vertriebenenpolitischem Gebiet verfügte die deutsche Verwaltung nur über geringe Handlungsspielräume. Die Auflösung der Umsiedlerbürokratie 1948 bedeutete keineswegs ein Ende der Vertriebenenpolitik in der SBZ, sondern war vielmehr Ausdruck geänderter Machtverhältnisse in der SMAD und einer Neuformierung der Kompetenzen.

Sachsen bewahrte sich trotz des hohen Zentralisierungsdrucks beträchtliche Freiräume, ohne allerdings eine grundsätzlich von den sowjetischen Vorgaben abweichende Politik betreiben zu können. Während in der ZVU alle entscheidenden Positionsinhaber SED-Mitglieder waren, rückte in Sachsen 1947 mit Ruth Fabisch eine Liberaldemokratin zur Leiterin der LRS-Umsiedlerabteilung auf. Das änderte zunächst wenig an der Dominanz der SED in dieser Abteilung, auch wenn Fabisch bis 1948 ihre Position ausbauen konnte. Die gezielte Einbeziehung bürgerlicher Politiker gehörte zum Instrumentarium der SED-Vertriebenenpolitik, mit der diese von ihrer „Alleinzuständigkeit“ ablenken und die Verantwortung für unpopuläre Maßnahmen auch auf bürgerliche Kräfte verteilen wollte.

Als wichtigstes Instrument sowjetischer Besatzungspolitik hatte die SED die Aufgabe, die Umsetzung der SMAD-Vorgaben auf vertriebenenpolitischem Gebiet sicherzustellen. Dazu gehörte als eine der zentralen Aufgaben der Partei, die anderen politischen Kräfte darauf zu verpflichten, die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen.

Die Wahlen 1946 hatten gezeigt, dass eine Mehrheit der in Sachsen angesiedelten Vertriebenen die Politik der SED ablehnte. Dazu trugen in den Augen der SMAS die Haltung der SED zur neuen Grenze im Osten und die schlechte soziale Situation vieler Vertriebenen bei. Dies konnte die CDU ausnutzen und große Teile dieser Bevölkerungsgruppe als Wähler mobilisieren. Nach den Wahlen 1946 setzte die SMAD stärker auf eine Verbindung politischer und sozialer Maßnahmen, um die Eingliederung voranzutreiben und zumindest Teile der Vertriebenen an die SED zu binden. Diese Politik hatte allerdings nur begrenzt Erfolg.

In Sachsen gelang es der CDU partiell, die Vertriebenen durch eine an deren Interessen orientierte Politik an sich zu binden. Erleichtert wurde dies dadurch, dass die Union sich lange gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze aus-

sprach. Vertriebenenpolitische Aspekte spielten bei der Gleichschaltung der sächsischen Union deshalb zu Beginn der Fünfzigerjahre eine große Rolle.

Fasst man die Ergebnisse der Vertriebeneneingliederung in Sachsen vor dem Hintergrund der Ziele der SMAD zusammen, dann ist zu konstatieren, dass zu Beginn der Fünfzigerjahre von einer sozialen Gleichstellung der Vertriebenen mit der einheimischen Bevölkerung keinesfalls gesprochen werden konnte. Erst in den Fünfziger- und Sechzigerjahren war im Zuge von Urbanisierungs- und Industrialisierungsprozessen eine deutliche Anhebung des Lebensstandards auch der Vertriebenen in der DDR zu verzeichnen.<sup>117</sup>

---

<sup>117</sup> THER, Vertriebene (wie Anm. 3), S. 330-354. AMOS, Vertriebenenpolitik (wie Anm. 101).